

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzel-Nr. 12.— M. Durch Austräger 60.— M. pro Woche. Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 6—6 Nachm. Produktionsgesellschaft f. d. Provinz Schlessen, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Dienstag, 21. November 1922

Angabe pro Seite: Die eingetragene Millimeterzeile oder deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 2,50 M. Kleine Anzeigen pro Wort 1,50 Mark. — Beilage: Die Millimeterzeile oder deren Raum im Text 30.— M.

An das Proletariat Schlesiens!

Die Zentrale der KPD. wendet sich in nachstehendem Aufruf an das gesamte Proletariat Deutschlands.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Das „Kabinett der Arbeit“ ist gescheitert. Es ist nicht deshalb mißglückt, weil die Regierenden über das Programm des neuen Kabinetts nicht einig waren. Suno und Ebert, Wirth und Herms, Deutsche Volkspartei und USPD, sie alle haben ein Ziel:

Die Verwirklichung des Stinnesprogramms.

Und nur die Minister werden noch gesucht, die es gegen die Arbeiterklasse durchsetzen sollen.

Um sie zu finden, schreit Fritz Ebert, der vom Industriekapital, von Stresemann bis Stinnes, einmütig gewählte sozialdemokratische Reichspräsident, selbst nicht davor zurück, Suno zur Bildung einer „über den Parteien stehenden“ Regierung aufzuordern. Wenn es das Interesse des Bürgerblocks gilt, wird die Kulissee des Parlamentarismus beiseite geschoben und das „Kabinett der Arbeit“ verwandelt sich, noch ehe es gebildet ist, in ein Kabinett gegen die Arbeiter. Die USPD-Führer aber, die Stinnes zu bekämpfen vorgehen, decken die Staatspolitik Eberts und mißachten offen die sich häufenden Proteste aus den eigenen Reihen der Partei.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

In einem internationalen Dokument hat die deutsche Regierung die Aufhebung des Achtstundentags, die Bilanzierung des Budgets durch Breitschmiedung vieler Tausender von Staatsarbeitern und Beamten als Sicherheit für ihre Erfüllungspolitik versprochen. Die versprochene Bilanzierung des Budgets bedeutet Milliarden neue Steuern, erhöhte Löhne, Vorkürzungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Und die sozialdemokratischen Minister, die Führer der USPD, der „Vorwärts“, machen diese Note zum Programm ihrer Teilnahme am fünftägigen Kabinett!

Während das deutsche Volk noch nicht weiß, wer sein Minister sein werden, akzeptiert Poincaré das Stinnesprogramm. Mit Stinnes hält er die „Sanierung“ Deutschlands nur von der „Wirtschaftsseite“, nur durch Mehrarbeit und Sachlieferungen, an denen das Schwerkapital Milliarden verdient, für möglich.

Wenn die deutschen Proleten 10 Stunden für Stinnes und die französischen Industriebarone schuften, dann ist Poincaré zufrieden.

Dann gibt es England Konzessionen im Orient. Und weil die Orientpolitik der imperialistischen Mächte nicht in Kleinasien, sondern immer noch am Rhein gemacht wird, wird England, um der ausländischen Rhein Anatolien Herr zu werden, vor Poincarés Plan kapitulieren; vor der Vertretung des deutschen und französischen Schwerkapitals mit Hilfe der Stinnespolitik.

Arbeitendes Volk in Stadt und Land! Die kommende deutsche Regierung, in der Sozialdemokraten nach dem Willen des Bürgerblocks und der USPD-Führer sitzen sollen, soll das Schlüsselstück einfügen in das Gebäude der Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Schwerkapital, an dem die Stinnes und Poincaré seit langem zäh gearbeitet haben. Die entscheidenden Schichten des deutschen und französischen Bürgertums formieren sich, um gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. In Kürze erfüllt sich, was die Wirth-Regierung der Reparationskommission versprochen hat: die Durchbrechung des Achtstundentags,

die Auslieferung der Eisenbahn und der übrigen Staatsbetriebe an das Großkapital, die Entlassung der Beamten und Arbeiter. Und die Arbeiterklasse wird gegenüber dem international gemeinnamen Bürgertum wehrlos sein, wenn sie sich nicht im letzten Augenblick fest zusammenschließt, auch gegen den Willen der Führer, die, die Massen-

proteste überhörend, immer noch an der für die Arbeiterklasse verderblichen Koalitionspolitik festhalten.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die ersten Umsätze für Euren Zusammenschluß für die Einheitsfront des proletarischen Kampfes sind gegeben.

Der Betriebsrätekongreß

tritt in derselben Zeit zusammen, in der der Bürgerblock und die USPD-Führer krampfhaft nach dem Kabinett des Stinnesprogramms suchen. So wird die Arbeiterklasse klar vor die Wahl gestellt. Die Arbeiter können noch jetzt den gemeinsamen Feind abhüteln und durch entschlossene Maßnahmen, die nicht Rücksicht nehmen auf die Interessen des Industriekapitals, sondern allein auf die Interessen der hungernden Massen, Sicherungen gegen weiteres Elend schaffen. Schon sind in den Betriebsräten die Mitglieder aller Arbeiterparteien vertreten. Aber außer der Kommunistischen Partei hat keine Partei sich dieser aus den Massen selbst geborenen Bewegungen tatkräftig angenommen. Im Gegenteil, die Instanzen der USPD und Gewerkschaften haben bisher alles getan, um die Selbsthilfe des Proletariats gegen die Stinnespolitik planmäßig zu vereiteln. Sie scheuen selbst vor der Spaltung der Gewerkschaften nicht zurück, wenn die Mitglieder beginnen, sich gegen die Politik des Bürgerblocks und der Arbeitsgemeinschaft aufzulehnen, die nur Elend über die Arbeiterklasse gebracht und ihre Kraft gelähmt hat.

Werttätiges Volk Deutschlands! Es gilt, diesen Widerstand der Führer gegen den Massenwillen zu brechen. Es gilt, durchzugehen, daß die Stimmen der Arbeiterklasse endlich gehört werden. Die Arbeiter, ob in der USPD, oder in der KPD, organisiert, fordern überall härtesten Kampf gegen die Stinnespolitik. Sie verlangen den Bruch mit der Koalition. Verstärkt den Marschdruck in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in allen Versammlungen, damit die Führer, unsere Wächter nicht noch länger mit Füßen treten.

Arbeiter der USPD! Duldet nicht, daß die Instanzen noch länger zusammen mit dem Bürgertum eine Politik gegen einen Teil des Proletariats machen. Schließt euch mit den Kommunisten, die das selbst wollen, wie ihr, zusammen zur Einheitsfront des kämpfenden Proletariats!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Koalitionsregierung hat euch in vier Jahren nur wachendes Elend gebracht. Sie droht euch heute, die letzten kümmerlichen Errungenschaften des 9. November zu nehmen.

Nur wenn ihr euch zusammenschließt, wenn ihr euch eine Regierung schafft, die gestützt auf die Organisationen der Arbeiterklasse, getragen von den Betriebsräten, aus Ruher kommt, sind eure Interessen gesichert.

Nur durch die im Kampf errungene Arbeiterregierung könnt ihr euch helfen. Nur durch die Arbeiterregierung ist euch die Sicherheit eurer Existenz verbürgt. Nur durch die Arbeiterregierung kann die Krise in eurem Interesse gelöst werden, aus der die Bourgeoisie sich allein auf eure Kosten einen Ausweg sucht.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Beamte und Angestellte, ihr alle, über die das Kapital seine Geißel schwingt!

Formiert die einheitliche Abwehrfront gegen den Stinnesvorstoß!

Unterstützt die Bewegung der Betriebsräte und der Kontrollausschüsse!

Kämpft für die Arbeiterregierung!

Berlin, den 18. November 1922.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Kabinett der „Arbeit“ oder Arbeiterregierung?

Von Wilhelm Köffen

Der schleppende Gang der Verhandlungen über die Regierungsneubildung beweist, wie schwer die Krise ist, die jetzt die kleinbürgerliche Demokratie heimsucht. Obwohl man sich über das Programm einer neuen Regierung von Hilferding bis Stinnes einig ist, finden sich weder die Parteien noch die Männer, die jetzt offen die Verantwortung für die einzuschlagende Politik der verschärften Ausbeutung übernehmen wollen.

Die bürgerlichen Parteien der republikanischen Mitte von Schüding bis Stresemann sind entschlossen, wahrzumachen, was sie mit der Sozialdemokratie zusammen in der neuen Note an die Entente und bei Verständigung über die nächsten Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen unterschrieben haben:

Arbeitszeitverlängerung, Massenentlassung von Beamten und Arbeitern, Stinnesierung von Gemeinde- und Staatsbetrieben, Sachlieferung an die Entente auf Kosten der Arbeiter, neue Verbrauchs- und Verkehrssteuern, kurz, gesteigerte Ausbeutung und ärgeres Hungerleiden für Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Aber die Sozialdemokratie schreit noch davor zurück, offen die politische Verantwortung für eine solche Politik zu übernehmen. Sie durchlebt nach der Vereinigung ihre erste schwere Krise. Unter dem Druck von Protestkundgebungen sozialdemokratischer Arbeiter aus Berlin und anderen Großstädten, unter dem Druck der schmerzhaften Leuerungsbewegung der Betriebsräte und aus Furcht vor dem Anwachsen der kommunistischen Bewegung können die Führer der USPD, trotz Görlitz und programmatischer Verständigung mit der Stinnespartei die Große Koalition mit ihr noch nicht wagen. So soll denn als neueste Freiwirkung das Kabinett der „Arbeit“ uns retten. Mehrarbeit ist die Parole.

Aber die Arbeiterpartei braucht nicht Mehrarbeit, sondern mehr Macht! Ihr hilft nicht das Kabinett der „Arbeit“, sondern die Arbeiterregierung.

Die wirklichen Arbeiterregierungen müssen Klasseninstrumente des Proletariats sein. Nur der Machtvolle wirklicher Klassenkampforganisationen, um eine Massenbewegung, unter Führung der straff organisierten und politisch klaren Teile des Proletariats, kann sie schaffen. Ständig müssen sie sich stützen auf die mobilisierten, in Bewegung befindlichen Massen und ebenso ständig müssen sie stehen und dem Druck der kämpfenden Arbeiterklasse.

Schon bilden sich im Lande die selbständigen Organe der immer lebhafter, in Bewegung geratenden Arbeitermassen. Proletarische Kontrollausschüsse und Betriebsräteorgane sammeln um sich in fortschreitendem Maße die unzufriedene, sich ständig mehr auflärende und zum Kampfe entschlossene Arbeiterklasse. Schritt um Schritt entwickeln sie sich zu Organen und Stützpunkten einer kommenden Arbeiterregierung. Je tiefer und breiter die Bewegung wird, um so lauter wird der Ruf nach behördlicher Anerkennung der Rechte der Kontrollausschüsse und um so dringlicher wird die Aufgabe der Betriebsräte, die härteste Kontrolle über die Preispolitik, die Warenlieferungen und die Finanzwirtschaft der Großbetriebe herzustellen. Im fortschreitenden Kampfe müssen sie dahin drängen, sich eine zentrale Spitze zu schaffen durch die Arbeiterregierung. Der Reichsbetriebsrätekongreß, der in dieser Woche zusammentritt, wird der Arbeiterklasse diese Linie des Kampfes, der proletarischen Selbsthilfe, der eigenen Machtpositionen und der Notwendigkeit der Schaffung einer Arbeiterregierung für Deutschland aufzeichnen.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften erlauben es sich, bisher noch ohne Diskussion über die auftauchende Frage der Arbeiterregierung zur Tagesordnung überzugehen. Während der Rathenau-Bewegung schoben sie diese Forderung der Kommunisten mit sträflichem Leichtsin und heuchlerischem Gleichmut beiseite. Und wenn sie das auch jetzt, trotz aller Schwierigkeiten der jetzigen Krise ihrer Reichsregierung, wieder versuchen, so steht doch bereits in Sachsen nach einem Wahlkampf, der parallel mit der Leuerungs- und Betriebsrätebewegung geführt wurde, die Frage der Arbeiterregierung offen vor ihnen, so daß sie klare Antwort geben müssen. Die Ausrede, daß auf dem Boden der Verfassung die Schaffung einer Arbeiterregierung nicht möglich ist, wurde ihnen dort schon aus der Hand gewunden.

Die Nachwahlen in D.-S.

Vorläufiges Wahlergebnis:

Wahlberechtigt waren	747 339
Gewählt haben	500 767
Die Wahlbeteiligung betrug	67,1%

Es erhielten Stimmen:

Kommunisten	36 624
Sozialdemokraten	73 266
Zentrum	199 246
Demokraten	11 912
Deutsche Volkspartei	37 259
Deutschnationale	69 398
Deutschnationale (Knüttel-Kunze)	22 756
Polen	50 183

Für welche Zwecke werden die Reparationszahlungen verwendet?

Als Illustration dafür, für welche Zwecke die Reparationszahlungen verwendet werden, kann ein Artikel im belgischen sozialdemokratischen Organ „Peuple“, das

iters für die Reparationen eintritt, dienen. So wird erklärt, daß von 1 200 000 Geschädigten seit dem Waffenstillstand im Ganzen 210 000 (!) erledigt worden sind. Der belgische Staat beschäftigt einen riesigen Beamtenapparat mit der Verteilung dieser Reparationen. Der größte Teil dieser Beamten ist natürlich durchaus reaktionär und kümmert sich um die Interessen der kleinen Leute gar nicht. Allein für diesen Apparat wurde im Budget für das Jahr 1923 die Summe von fast 7,5 Millionen Franken und für die Angestellten dieser Reparationskommission weitere 4,8 Millionen Franken bestimmt!

Wie unser klassisches Bruderorgan „Die neue Welt“ aus der Pfalz meldet, soll für die Rheinarbeit in der Nähe von Speyer ein neuer Bombenabwurfübungsplatz eingerichtet werden und zwar auf Kosten der Reparationszahlungen. Zu diesem Zwecke werden ganze Wälder umgelegt und viele Morgen besten Ackerbodens unbrauchbar gemacht. Die Besitzer, lauter kleine Landwirte, werden gezwungen, ihren Besitz abzutreten.

Das alles sind nur schwache Illustrationen der moralischen Grundlage der sozialdemokratischen Erfüllungspolitik.

Wir stellen mitten in der gegenwärtigen Krise der Reichsregierung fest, daß die verfassungsmäßigen Ausreden selbst für die Schaffung einer Arbeiterregierung im Reich keine Gültigkeit haben. Wenn sich die großen Organisationen des Proletariats, die Gewerkschaften, die IFA, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und die Sozialdemokratische Partei in die große Bewegung gegen Feudalismus und Mehrarbeit einfügten, so könnten sie schon jetzt die Arbeiterregierung durchsetzen. Sie haben mit ihrem **Friede Ebert** ganz unbestreitbar dazu die verfassungsmäßigen Möglichkeiten. Selbstverständlich hätte eine Arbeiterregierung im heutigen Reichstag keine Mehrheit. Gestützt auf die in Bewegung befindlichen Massen und auf die starken Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, muß deshalb eine Arbeiterregierung, nachdem die bürgerliche Reichstagsmehrheit ihr das erste Minimalprogramm proletarischer Maßnahmen gegen Verelendung und Ausbeutung abgelehnt, unverzüglich den Reichstag auflösen. Gestützt auf die behördlich anzuerkennenden Kontrollausschüsse und die durch Verordnung zu erweiternden Rechte der Betriebsräte hätte dann sofort die rücksichtslose Säuberung der Schupo, der Reichswehr und der gesamten höchsten Verwaltung von allen reaktionären Elementen zu erfolgen, um durch proletarische Kräfte in diesen Machtapparaten sich eine feste Stütze zu verschaffen.

Die Sicherstellung der Ernährung durch Erfassung der Lebensmittel, wie es die Sozialdemokratie vor wenigen Wochen selbst vorschlug, verschärfte Getreideumlage, Kontrolle der Feldbestellung, Beschlagnahme und unbebauter Felder, das müssen die ersten Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der arbeitenden Bevölkerung sein.

Dem finanziellen Bankrott muß nach der kühnsten Devisenverordnung Eberts mit einer Beschlagnahme aller Devisen, mit der Durchführung des staatlichen Devisenmonopols, der staatlichen Kontrolle über alle Banken unter Mitwirkung der Angestelltenräte, durch eine innere Goldanleihe, Beschlagnahme der kapitalistischen Auslandsguthaben und der planmäßigen Erfassung der Sachwerte entgegengetreten werden.

Weber der Durchführung aller Sachlieferungen in Reichsregie zur Ausschaltung der kapitalistischen Gewinne würde die Beschlagnahme der durch die Milliardenkapitalflucht ins Ausland verschleppten kapitalistischen Guthaben und ihre rücksichtslose Preisgabe und Verwendung zur Abtragung der Reparationslasten die Möglichkeit schaffen, die Reparationsfrage in Verbindung mit den Sowjetrepubliken des Orients, mit der Türkei und Österreich, durch einen gemeinsamen Abwehrblock einer Lösung nahezubringen.

Der Reichsbetriebsrätekongreß kommt zur rechten Stunde, um der bankrotten Koalitionspolitik der Sozialdemokratie diese ersten Maßnahmen zielklarer Arbeiterpolitik entgegenzustellen. Er wird die realen Möglichkeiten aufzeigen, die sich für die proletarische Machtergreifung gerade im jetzigen Zustand der schleichenden Regierungskrise einem kampfbereiten Proletariat bieten. Neue Koalitionsregierung heißt weiter Ohnmacht und Verfall, Arbeiterregierung aber heißt Kampf und Aufstieg.

Der Zwiespalt im Lager der SPD.

Der Zwiespalt innerhalb der SPD, der bei der Regierungskrise zutage trat, ihre Bedenken, das offene Bündnis mit der Großbourgeoisie gegen die Arbeiter einzugehen, und ihre noch stärkere Furcht vor einer einheitlichen Kampfform der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, spiegelt sich auch in der sozialdemokratischen Presse. Die „Münchener Post“ ist für die unüberwindliche Große Koalition.

Darum ist der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion wohl alles ein politischer Fehler, der einer Korrektur dringend bedarf. In einer Bedrängnis, wie sie das deutsche Volk zurzeit durchmachen muß, dürfen so weitgehende Beschlüsse nicht unter dem Eindruck irgendwelcher persönlicher Berechnungen gefaßt werden.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ ist entgegengegesetzter Meinung:

Man gebe sich in unseren Reihen keinen Illusionen hin. Die Schwerindustrie weiß, was sie will. Geben die Diktatoren in die Regierung der Republik — und sie arbeiten ja mit Hochdruck daran! — dann bedenkst das eine Schwächung der Republik selbst und ein Zurückweichen der Arbeiterklasse. Es ist einfach ein Verzicht auf die Bürgerlichkeit, um den Erfolg der sozialistischen Einigung zu paralysieren.

Während das „Münchener Blatt“ der neuen Reparationsnote mit dem Einheitsprogramm zustimmt, schreibt die „Münchener Volksstimme“ der SPD über sie:

Es ist hier bei aller Kürze anzudeuten, daß sich unter den vorerwähnten inneren Reformen einige befinden, deren Durchführung sich für die Arbeiterklasse recht ungünstig auswirken können. Wir denken dabei neben der Verminderung der Angestellten und Beamten, neben der Beschränkung neuer Ausgaben auf die dringlichsten Erfordernisse, die wohl nur eine Umkehrung für außerordentliche Zwecke bei kulturellen Zwecken sind, vor allem an die Verwässerung des Achtstundentages und den vorzeitigen Abbau der Jagdgesetzgebung für das Botsgehe. Diese Reformen müssen die schwersten Bedenken wachrufen. Das nun so sehr, als auch die Regierung verfahren hat, unter ihnen endlich auch die Maßnahmen anzuführen, die die offene Steuerhabsucht der herrschenden Klasse zu verhindern geeignet sind.

Die SPD-Führer aber sind mit Sans als Reichskanzler einverstanden.

Wählt zum Reichsbetriebsrätekongreß!

Genossen! Genossen! Arbeiterinnen! Arbeiter!

Noch einmal in letzter Stunde richten wir den Appell an euch, euch an der Wahl zum Reichsbetriebsrätekongreß zu beteiligen, der am Sonntag, den 26. November in Berlin zusammentritt!

Ihr seht eure verzweifelte Lage, ihr seht die Unmöglichkeit, durch Lohnforderungen und Lohnhöhungen das Defizit eures Haushaltes auszugleichen.

Ihr seht, wie eine Reichsregierung durch die andere abgelöst wird. Aber die neue wie die alte erscheint mit dem gleichen Programm:

Auswucherung der Massen, ungeheure Schröpfung durch immer größere Steuerlasten, Mehrarbeit, Beseitigung des Achtstundentages, um dem Kapital weitere Schiebergewinne zu gewährleisten und ihr seht, wie dabei die Wirtschaft von Monat zu Monat mehr zugrunde geht und die Wiederherstellung einer auskömmlichen Existenz für den Arbeiter immer mehr zur Unwahrscheinlichkeit wird.

Die Sabotage und Zerschlagung des Produktionsapparates zugunsten der augenblicklichen Profitmöglichkeit des Kapitals vernichtet auch immer mehr die Grundlage einer Wiederaufrichtung der Wirtschaft durch eine proletarische Regierung, wenn nicht endlich sich das Proletariat auftrifft, diese Wechsler und Fälscher aus dem Regierungsiempel zu jagen.

Der Reichsbetriebsrätekongreß erhebt die Forderung der Durchführung einer Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterklasse. Nur dadurch, daß vom Proletariat selbst die Herstellung lebensnotwendiger Güter übernommen, die der Luxusgüter verhindert und die Verteilung aller Bedarfsartikel an die Bedürftigen garantiert wird, schaffen wir die Grundlage zu einer Neugestaltung und Wiederbelebung unseres Wirtschaftslebens.

Das Geschrei der Gewerkschaftsbürokratie und des SPD-Klingels von „kommunistischer Maché“ darf euch nicht hindern, diesen allein gangbaren Weg als Etappe auf der Bahn eures Befreiungskampfes zu gehen.

Gerade das hysterische Geschrei dieser Leute muß euch ein Beweis unter vielen sein, wie sehr die SPD und die ihr ergebene Gewerkschaftsbürokratie bereits dem Stimmkapital verflaut.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Erkennt endlich, daß es eure Pflicht ist, euch aufzuraffen zum Kampfe gegen eure andauernde Verelendung.

Wählt eure Delegierten zum Reichsbetriebsrätekongreß.

Ein jeder Betrieb, jede Hütte, Grube, jedes Gut muß seine Delegierten entsenden!

Die Rebellion der SPD-Arbeiter.

Am Dienstag nachmittag sind nach dem Bekanntwerden der grundsätzlichen Zustimmung der SPD zur Einheitskoalition Reparationsnoten der Berliner Parteimitglieder im Reichstag erschienen, um die Reichstagsabgeordneten zu warnen. Die Proteste der SPD-Mitglieder ihren im Reich gegen die Große Koalition haben sich gehäuft.

Die Arbeiter müssen durch ihre unüberwindlichen Druck auf Reichstag und Instanzen der Krise, die sie durch Ruhehalten und Wästelzüge gegen das Proletariat umbiegen wollen, in ihrem Interesse lösen. Sie dürfen nicht dulden, daß die SPD-Führer noch länger eine Politik gegen einen Teil der Arbeiter mit der Bourgeoisie machen, statt mit der ganzen Arbeiterklasse gegen das geschlossene Bürgertum. In Versammlungen in den Gewerkschaften, in den Betrieben muß das Proletariat seine Stimme erheben, daß Schluss gemacht wird mit der bürgerlichen Koalitionspolitik, gleichgültig, wie sie sich äußert; daß die Sabotage der Betriebsrätebewegung, die ständige Spaltung der Gewerkschaften durch die Arbeitsgeheimhaltung aufhört.

Die Hungerunruhen dauern an.

Eberfeld, 18. Nov. 1912.

Sie ist es gestern zu schweren Hungerunruhen gekommen, über die bis jetzt nähere Nachrichten fehlen.

Siegburg, a. L., 18. Nov.

Hier ist von den Arbeitern ein Kontrollausschuß eingesetzt worden, dem die Stadtwahlverwaltung jedoch die Anerkennung versagt. Es ist mit schweren Zusammenstößen zu rechnen.

Witten, a. L., 18. November.

In den letzten Nächten kam es zu Plünderungen, wobei verschiedene Geschäfte ausgeräumt wurden.

Söln, 18. November.

Die Erregung der Arbeiter steigert sich immer mehr. Die Sozialdemokraten der „Ahrnischen Zeitung“ schreiben, daß sie sich nicht darüber täuschen, daß in den unteren Volksschichten große Verzweiflungsstimmung herrscht.

Braunschweig, 18. November.

In Braunschweig kam es vor dem Ministerium und vor der Markthalle zu Demonstrationen. In den Betrieben soll heute die Arbeiterklasse zu einer allgemeinen Versammlung veranlaßt werden.

TU. meldet aus Dresden.

Die Gewerkschaften hatten für Sonnabend nachmittag an verschiedenen Stellen der Stadt Hungerdemonstrationen einberufen, die einen recht lebhaften Zuspruch hauptsächlich seitens der Arbeitslosen fanden. Nach Beendigung der Kundgebungen zogen mehrere Demonstrationzüge in Stärke von einigen hundert bis tausend Mann durch die Hauptstraßen der Stadt. Rufe nach Brot und Frieden mit dem Scherzstück und sonstige

aus der gereizten Stimmung heraus entstandene Ausrufe wurden laut. Ein starkes Aufgebot von Polizei und Sicherheitspolizei besetzte die Eingänge zu den großen Warenhäusern, wo gefährlich aussehende Menschenansammlungen stattfanden. Auch die Hotels in der Prager Straße und das Bahnhofshotel wurden stark umlagert. Nur in einzelnen Nebenstraßen der Stadt kam es zu Plünderungen. Hier wurden Fensterscheiben eingeschlagen und die Auslagen der Schaufenster ausgeräumt. In der Hauptsache waren es Konfektions- und Bäckereien.

Berlin, 18. November.

In Berlin-Charlottenburg wurde gestern abend ein Blufengeschäft geplündert, weil der Geschäftsinhaber die preiswert ausgestellten Waren als bereits verkauft bezeichnete und für andere Waren wesentlich mehr forderte.

Die vom Polizeipräsidenten informierten Berliner Lokalnachrichten melden vom 17. November gleichfalls den folgenden Vorfall:

Heute nachmittag gegen 12 1/2 Uhr erschienen vor der Filiale der Konsumgenossenschaft Neukölln in der Mareschstraße 15 etwa sechzig junge Burschen unter Führung einiger älterer Männer und plünderten hier das Warenlager aus. Sie raubten Zigarren, Zigaretten, Tabak, Lebensmittel und sonstige Kolonialwaren im Werte von 50 000 Mark. Einer der Burschen, der 15 jährige Herbert Kurtz, wurde festgenommen und der Kriminalpolizei übergeben.

Wer den fanatischen Haß kennt, der in einigen nationalistischen Kleinhandlungsorganisationen gegen die Konsumvereine gezüchtet wird, kommt unwillkürlich zu der Annahme, daß die Arbeiter, die sich an dem Arbeitergut der Konsumgenossenschaften vergreifen, unkontrollierbaren Einflüsterungen zum Opfer gefallen sind.

Eine weitere Meldung besagt:

Zu einer Ansammlung von Frauen kam es vor dem Konfektionsgeschäft von Jonas, Wilmersdorfer Str. 111, in Charlottenburg. Gegen den Inhaber wurde der Vorwurf erhoben, längere Zeit seine Ware zurückgehalten zu haben, um sie jetzt mit erheblichen Aufschlägen zu verkaufen. Kurz vor Geschäftsabschluss wurde eine Schaufensterscheibe zertrümmert und einige Gegenstände aus dem Schaufenster genommen. Die alarmierte Polizei zerstreute die Ansammlung. Sistierungen wurden nicht vorgenommen.

In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse sind die Plünderungen natürlich mit den üblichen moralisierenden Entrüstungen reichlich gespickt. Selbstverständlich fordert man dann das allerstärkste Eingreifen der bewaffneten Macht gegen „kommunistische Ausschweifungen“.

Unter den Ausbeutern des Volkes marschieren die Großgrundbesitzer und industriellen Großkapitalisten an der Spitze. Mit seinen letzten Steigerungen brachte der Stahlbund die Preise für Walzwerkzeugnisse auf das 2350 fache der Vorkriegsjahre hinauf. Mit dieser wahnstinnigen Preissteigerung erzwang man ein Hinantreiben der Preise aller Erzeugnisse.

Das tolle Preistreiben macht alle Verbraucher dem industriellen Großkapital tributpflichtig. Die Kaufkraft ihres Lohnes sank rapid. Nach den amtlichen Feststellungen sind zum Beispiel die Löhne der Metallarbeiter in Groß-Berlin für die Zeit vom 23. Oktober bis 9. November 1912 gegenüber den Sätzen des Jahres 1914 nur um das 150 fache gestiegen.

Kriegsnot ist die Not in zahlreichen proletarischen Familien. Der Hunger treibt zur Verzweiflung, treibt auf die Straße. Es bedarf dann oft nur einer Anreizung, um die Verzweifeltsten zu einem Sturm auf einen gefüllten Laden zu veranlassen.

In weitere Kreise dringt die Erkenntnis, daß nur ein planmäßiger, gemeinsamer Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Wirtschaft vor weiterer Verelendung schützen könne. Die Erkenntnis wird bereits lebendig in den sich überall bildenden Kontrollausschüssen und in der Bewegung der Betriebsräte.

Kontrollausschüsse müssen die Arbeiter die Preisgestaltung überwachen und beeinflussen, notwendige Beschlagnahmen vornehmen. Den Betriebsräten obliegt die Aufgabe, die Produktion zu kontrollieren und die Durchführung des durchführbaren Einheitsprogramms zu verhindern.

Für die Freilassung von Max Hoelz.

Die kommunistische Fraktion hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, bei dem Preussischen Staatsministerium dahin zu wirken, daß angeordnet wird, daß der Strafbollzug gegen den politischen Gefangenen Max Hoelz wegen der schweren Verbrechen, die bei ihm infolge des Strafbollzuges, der Unterbringung in die Zelle und von anderen körperlichen und seelischen Mißhandlungen eingetreten ist, und wegen der sich hieraus ergebenden Unfähigkeit sofort unterbrochen wird. Das gesamte Proletariat muß diesen Dringlichkeitsantrag unterstützen.

Genosse Sorge für Weilverbreitung Deiner Zeitung!

Wählt zum Reichsbetriebsrätekongress!

Schlesische Rundschau.

Das ist Solidarität!

Unsere Genossen und Genossinnen sammelten am Sonnabend für unseren Genossen K r a f t, der noch immer in Untersuchungshaft sitzt, Lebensmittel. Besonders wurde Brot, Butter, Wurst und Äpfel gespendet. Die Lebensmittel werden am Donnerstag dem Genossen Kraft übergeben.

Genossen, Genossinnen! Das ist brüderliche Solidarität! Ein lebendiger Beweis dafür, daß das Proletariat seine in Kerker schmachenden Kämpfer nicht verläßt. Folgt darum dem Beispiel unserer Genossen und Genossinnen in Langenbielau. Viele andere Vorkämpfer der proletarischen Revolution schmachten in den republikanischen Kerker, leiden dort Hunger und Entbehrung. Zeigt auch ihnen eure Solidarität!

Vergeßt sie nicht, die für Euch kämpften, für Euch ihre Freiheit opferten.

Entschuldigen Sie — ich dachte, Sie wären ein Vogel!

Ein Papagei war entflohen und hatte auf dem Baume eines Bauerngehöftes Zuflucht gefunden. Als der Bauer, der den Papagei fangen wollte, den Baum ersteigen hatte und nach dem bunten Vogel griff, stieß dieser in seiner Angst die ihm in der Gefangenschaft einstudierten Worte: „Ich bin der Herr von Diepenbrock“, hervor. Erschrocken zog der Bauer die ausgestreckte Hand zurück, küßte seine Zipselmütze und stotterte: „Ach, entschuldigen Sie nur — ich dachte, Sie wären ein Vogel.“

So ähnlich ist die Geschichte. Kaum halten wir in einer unserer letzten Nummern unserer Verwunderung über das rücksichtslose Vorgehen des Herrn Oberpräsidenten Zimmer gegen die Kartoffelmücker und Schieber Ausdruck — als auch schon prompt der Rückzug des Herrn Oberpräsidenten erfolgt. Das Presseamt Schlefien des Oberpräsidenten gibt bekannt, daß es durchaus nicht die Absicht des Herrn Oberpräsidenten war, durch jene Veröffentlichung die bekannten Zustände von der Zurückhaltung und Preistreiberi von Kartoffeln auf die schlesische Landwirtschaft zu verallgemeinern. Nein, nein, so etwas macht die schlesische Landwirtschaft nicht. Sie begnügt sich schon mit der Einheimung des festgesetzten Gestehungspreises von 400—450 Mark pro Zentner. Und das ist schon allerhand. Trotzdem sind die Kartoffeln im Kleinhandel unter 6 Mk. und 6,50 Mk. pro Pfund nicht zu haben. Und das ist im Verhältnis zu den heutigen Löhnen auch schon allerhand. Bei steigender Kälte und fallendem Markkurs werden diese Preise jedoch bald erhöht werden, trotzdem es Kartoffeln in Hülle und Fülle gibt, denn — entschuldigen Sie — ich dachte, Sie wären ein Vogel! Und unsere Agrarier lächeln immer verständnisvoller!

Sonderbare Gottesdiener.

Ein Landarbeiter schreibt uns: Kommt da unlängst ein Mädchen, das just gerade unter die Haube zu kommen gedachte, zum Pastor Schlenker in Lucien, der den Weihrauch vollziehen sollte. Dieser Gottesdiener weigerte sich jedoch, die Trauung zu vollziehen, da das Mädchen seiner Meinung nach nicht genügend zu Kreuze gekrochen war. Sie hatte sich — so meinte der fromme Mann — zuviel an Bergnügungen, wie Tanz usw. beteiligt und konnte deshalb den Allerhöchsten Segen nicht empfangen. Was also nun? Gut, Rat war teuer! Kurz entschlossen fuhr das Fräulein nach Teis und sprach dort beim Vertreter Gottes an Erden vor, wo die Trauung auch ohne weiteres vollzogen wurde.

Und da gibt es Leute, die noch immer behaupten, es gibt nur einen Gott! Hier hat sich aber doch ganz klar gezeigt, daß es mindestens zwei gibt, einen für Lucien und einen für Teis. Oder sollten gar die Pfarrer in Opposition gegen ihren himmlischen Herrn getreten sein und nach eigenem Ermessen Segen spenden. Jedenfalls ist nun sehr fraglich, welches denn der richtige Gott ist, der von Lucien oder der von Teis? Oder ob er gar gestorben ist und die Pfarrer auf eigene Faust fortwursteln? Grund genug für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, sich ohne Gott zu helfen. Sicher kommen sie dann weiter. Unser Ruf ist also nach wie vor:

Heraus aus dem Schaffall.

Ein Zeichen aktiver proletarischer Solidarität. Die Kommunisten ihre für die Ideale des Kommunismus im Kerker schmachenden Genossen unterstützen, beweist folgendes Beispiel. Innerhalb der Ortsgruppen Striegau und Girschlachsdorf veranstalteten unsere Genossen eine Sammlung zur Unterstützung der Frau unseres Genossen Kaufmann, der im Striegauer Gefängnis schmachtet. Das Resultat der Sammlung war ein sehr erfreuliches. Es wurden nahezu 1000 Mark Bargeld, 1 Brot, etliche Pfund Mehl, Zucker und Kaffee, sowie für das zweijährige Kindchen des Genossen Kaufmann, das man nicht bei der Sammlung vergessen hatte, ein warmes Winterkleidchen gesammelt. Sehr lobenswert war das Ergebnis der Sammlung in der erst neu gegründeten Ortsgruppe Girschlachsdorf, in der nahezu drei Zentner Kartoffeln aufgebracht wurden. Genossen nehmt Euch das zum Beispiel. Zeigt der bürgerlichen Gesellschaft, daß ihr die Angehörigen der Genossen, die mit der Tat für das Wohl der arbeitenden Klasse eintreten und dafür in den Gefängnissen der sogenannten freiesten Republik schmachten müssen, nicht zugrunde gehen laßt!

Wie man aber Genossin Kaufmann von anderer Seite unterdrückt, wird dadurch bewiesen, daß der Hauswirt der Genossin K. die Wohnung austräumen und das Mobiliar auf den Flur setzen ließ. So muß nun die Genossin Kaufmann mit ihrem kaumzweijährigen Kinde in der kalten und engen Küche hausen, läßt deshalb, weil sie sich die teureren Kohlen nicht erkaufen kann, trotz mehrmaliger Vorprache der Frau K. beim Striegauer Wohnungsamt wurde noch keine Abhilfe geschaffen. Genossen und ihr alle, die ihr noch ein wenig menschliches Gefühl besitzt, sorgt dafür, daß der Frau K. zu ihrem Rechte verholfen wird.

Die Genossin Kaufmann sandte nach Empfangnahme der Spenden folgendes Schreiben an uns zur Veröffentlichung:

Meine Genossen!

Für die mir in letzter Zeit von Genossen Reimann übermiesenen Spenden an Geld und Lebensmitteln, von den Ortsgruppen Striegau und Girschlachsdorf, spreche ich meinen herzlichsten Dank aus.

Mit kommunistischem Gruß

Lina Kaufmann.

Genossen! Sammelt recht rege weiter, jegliche Spenden nimmt entgegen Genosse Reimann, Striegau, Liegnitzer Straße 15.

Gewerkschaftsbewegung.

Die städtischen Arbeiter Breslaus wählen Delegierte zum Reichsbetriebsrätekongress

Wie uns erst jetzt gemeldet wird, fand am Donnerstag, den 11. November, eine Betriebsversammlung des Gaswerks 4 statt, die sich mit der Frage des Reichsbetriebsrätekongresses befaßte. Nach einem Referat des Kollegen Franke und ausgiebiger Diskussion wurden zwei Kollegen, die der U.S.P. angehören, als Delegierte zum Betriebsrätekongress gewählt.

Die Ursdorfer Arbeiterschaft wählt Delegierte zum Reichsbetriebsrätekongress.

Am 12. November d. J. fand im Gasthof zur Brauerei in Ursdorf im Kreisgebirge die von den Betriebsräten einberufene Betriebsversammlung sämtlicher Ursdorfer Betriebe statt. Der Besuch war mäßig. Nach Einführung durch den Betriebsräteauschuh sprach Kollege Josef in klaren, scharfen Worten über das Leben des Proletariats in der jetzigen Zeit, wo Hunger und Proletariat die Leiden des Tages sind. Glender als das Vieh sind wir daran. Er schilderte die Folgen, die ein solches Leben nach sich ziehen muß, Krankheit, Hunger und letzten Endes den Tod großer Proletariatsmassen. Der einzige Weg, der uns noch Rettung bringen kann, der Weg der Selbsthilfe, wurde den Anwesenden zum Besten empfohlen. Der große Beifall, welcher Kollege Josef am Schluß seines Vortrages entgegengebracht wurde, zeigte, mit welcher Aufmerksamkeit die Anwesenden Arbeiter den Ausführungen gefolgt waren.

In der Diskussion sprach Kollege Obhändler (U.S.P.) ebenfalls für den Reichsbetriebsrätekongress, der den Aufstuf zur Selbsthilfe darstellt. Nur bezweifelt er, ob die Wirkung und der Erfolg, der sein wird, den man sich verspricht. Kollege Ander hielt ihm entgegen, daß aus der Kongress allein nichts bringe, sondern es wird dort nur über die einschlagenden Wege beraten werden. Ausführende Organe sind wir selbst, jeder Mann, jede Arbeitsfrau muß selbst für den Kampf mobilisiert werden, nur dann werden wir Erfolg haben.

In der Diskussion über die finanzielle Frage wurde beschlossen, in allen Betrieben Sammelkassen zu lassen. Das erste Ergebnis wurde bereits bekannt gegeben. Die Glasarbeiter sammelten 250 Mark. Nächste Schritt jetzt zur Wahl eines Delegierten zum Reichsbetriebsrätekongress. Kollege Josef wurde einstimmig von 6 Vorkämpfern gewählt. Als Ersatzmann Kollege Ander. Sollten die Mittel aufgebracht werden, fahren beide Kollegen. Mit der Aufforderung zu weiterer Aktivität wurde die Versammlung geschlossen.

Und also sprach — Stinnes!

Arbeiten, arbeiten, arbeiten! Ihr müßt mindestens zehn bis fünfzehn Jahre lang täglich zwei Stunden länger arbeiten! Oder Ihr müßt, wenn Ihr schon an dem Achtstundentag festhalten wollt, ohne Bezahlung der Mehrstunden mehr arbeiten, wenn Ihr wieder gesunde Wirtschaft- und Finanzverhältnisse haben wollt. Die gegenwärtigen Verhältnisse würden auf diese Weise natürlich nur Herrn Stinnes und seiner Klasse zugute kommen. Denn daß unsere unterernährten Arbeiter, Angestellten und Beamte die heutige achtstündige Arbeitszeit nur noch unter Ausbeutung der letzten Kräfte zu leisten imstande sind — dieses Verständnis scheint Herrn Stinnes mit samt seiner ganzen reifen Kapitalistenklasse zu mangeln. Die heutige Ernährungsweise ist eine solche, daß sich die geringste Mehrarbeit, soll nicht ganz brutaler Raubbau an der Volksgesundheit betrieben werden, ganz von selbst verbietet. Ein Beispiel dafür gibt uns das unproduktive Resultat des letzten Ueberbichtheden-Abkommens der Bergarbeiter, worüber die Ausbeuter-Elite ein gewaltiges Geschrei erhob und von Faulheit der Arbeiter sprach, während der Grund hierfür doch einzig und allein in der durch mangelhafte und unvollkommene Ernährung hervorgerufenen verminderten Leistungsfähigkeit zu suchen war. Desgleichen scheint Herr Stinnes auch die Formeln der einfachen Regeldetrie, die doch jedem kleinen Jungen eingepaukt wurden, längst vergessen zu haben. Je mehr Zeit, desto weniger Arbeiter — je weniger Zeit, desto

mehr Arbeiter. Mit anderen Worten: In einem Betriebe von nur zwanzig Arbeitern würden bei Einführung des Zehnstunden-Arbeitstages vier Arbeiter übrig. Bei hundert Arbeitern schon zwanzig. Ein jeder kann sich nun wohl ausrechnen, wie sich diese Maßregel bei großen Betrieben auswirken würde. Wo Sinner diese Hunderttausende Arbeitslosen unterbringen will, dafür hat er kein Rezept. Bis jetzt gilt im Zeitalter des Wuchers bei der Kapitalistenklasse aber die Devise: Vermehrte Produktion bei erhöhtem Profit. Sie müßte lauten: Erhöhte Produktion bei vermindertem Profit. Stinnes will jedoch die letztere Formel nur auf die arbeitende Klasse angewendet wissen. Und dafür wird diese danken.

Ein Notzettel der Breslauer Berufsmusiker.

Ueber beklagenswerte Zustände im Breslauer Musikergewerbe geht uns aus den Reihen der Musiker des Breslauer Orchestervereins folgendes zufließen zu:

Schon seit Jahren wird durch das Musizieren der Beamten (ehemaligen Militärmusikern) die Existenz zahlreicher Berufsmusiker wirtschaftlich aufs Schwerste geschädigt. Ist es nicht einfach als unerhört zu bezeichnen, daß fast alle in den Breslauer Städtischen und Vogen städtischen Vereinen, Hochschulen usw. mit Beamtenmusikern besetzt werden? Bisher blieben diese als unregelmäßig zu betrachtenden Kapellen im Stillstand, hingen ab, Jahreshalts-Staatsfests, Börsen usw. auszuspielen. Neuerdings haben sich diese wilden Kapellen aber auch das Breslauer Konzerthaus als Stätte ihrer Wirksamkeit ausgesucht und gerade dieser Umstand zwingt zu einer energigen Abwehr.

Die Sommermonate über hatten die Musiker des hiesigen Orchestervereins ein monatliches Einkommen von ca. M. 2500. Diese Besoldung erhöhte sich im Oktober d. J. auf ca. 3500 M. Es bedarf wohl angesichts der gegenwärtigen Teuerung keiner weiteren Begründung, daß ein Musiker, zumal wenn er Familie hat, von diesem Einkommen nicht leben kann. Ebenso selbstverständlich dürfte es sein, daß die Musiker des Breslauer O.-B. in erster Linie einen Anspruch auf Beschäftigung im Breslauer Konzerthaus haben. Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Unter Ausschaltung der Orchester-Vereins-Musiker musizieren fast jeden Sonnabend und Sonntag im Breslauer Konzerthaus die Beamten- und Militärmusiker zu dem dort stattfindenden Vereinsorgnügen (Radfahrfest, Glaser-Gebirgsverein, Schwimmsport, Kameraden-Vereine usw.).

Unterm 3. Juli 1921 erließ das Reichswehrministerium Bestimmungen für die außerdienstliche öffentliche Militärtätigkeit der Militärmusiker, in denen unter anderem bestimmt wird: „Die Daten für die Zivil-Beschäftigung sollen durch die außerdienstliche öffentliche Militärtätigkeit der Militärmusiker nicht geschädigt werden.“ Weiter wird bestimmt, daß etwaige Streitigkeiten zwischen Militärmusikern und Zivilmusikern von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission zu regeln sind, und falls da keine Einigung erzielt wird, die Streitfrage dem städt. Schlichtungsausschuss zu überweisen ist. Den Vorstand des Deutschen Musiker-Verbandes trifft der Vorwurf, zum Schaden seiner Mitglieder eine Regelung dieser Angelegenheit verläumt zu haben. Obgleich dürfte es die Öffentlichkeit interessieren, daß den Beamten, ehem. Militärmusikern, das gewerkschaftliche Musizieren vorzeiten ihrer Behörden aufs strengste untersagt ist. Sie finden aber Auswege, um diese Bestimmungen zu umgehen, indem sie sich zum Teil den Musik bedürftigen Vereinen als Vereinsmitglieder anschließen und so die Militärschritte an sich zu ziehen wissen. Da es sich in der Mehrzahl der Fälle um das Spielen von Konzerten mit nachfolgender Tanzmusik bis in die frühen Morgenstunden handelt, wird kein normal denkender armer Mann, der solche Militärtätigkeit aus Liebe zu den Vereinen gradewegs ausübt wird. Man vergegenwärtige sich weiter, daß ein Beamter — in Gehaltsklasse 7 bei achtstündiger Arbeitszeit doch wahrlich so gestellt ist, daß er den um ihre Existenz kämpfenden Berufsmusikern keine Konkurrenz zu machen braucht, die man beinahe als unlautere bezichtigen muß.

Die Berufsmusiker richten an die betr. Behörden das dringende Ersuchen, die ihnen bereits das öfteren nachhaft gemachten Beamten von jedem weiteren gewerkschaftlichen Spiel abzuhalten. Im Interesse der in schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis lebenden Berufsmusiker. Insbesondere wird das städt. Arbeitsamt für die gesamte Öffentlichkeit gebeten, diesen Verhältnissen ihr Augenmerk zuzuwenden.

Würde sich eine andere Kategorie von Angestellten in dieser Weise von staatlichen und kommunalen Beamten das Brot schmälern lassen?

So berechtigt der Notzettel der Breslauer Berufsmusiker auch ist, nügen wird er sehr wenig. Es ist bekannt, daß derartige Notzettel zwar von der Öffentlichkeit und den Behörden gehört, aber ebenso schnell wieder vergessen werden. Die Musiker müssen schon andere Wege einschlagen, wenn sie etwas erreichen wollen.

Ein Appell an die Beamtenmusiker würde allerdings auch wenig nützen. Denn diejenigen, die den Berufsmusikern unlautere Konkurrenz machen, kennen in der Regel keine Solidarität gegenüber ihrer Klassen Genossen. Sie sind meist egoistische Geschöpfe der kapitalistischen Synode, wie sie der Staat gerade für seinen Beamtenapparat gebraucht. Oder aber sie sind selbst arme Teufel, die gegen ihren eigenen Willen zu dieser Konkurrenz gezwungen werden.

Vielleicht nützt es etwas, wenn sich die Berufsmusiker einmal an die sozialdemokratischen Stadtverordneten zu Breslau wenden. Sie haben ja im Stadtparlament die Mehrheit und können sicher auf das städt. Arbeitsamt einen wirksameren Druck ausüben als die der Notzettel. Auch könnten die U.S.P.-Stadtverordnete bei dieser Gelegenheit einmal beweisen, daß sie die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten, wie sie angeben.

Schon auch dieser Weg ist sehr zweifelhaft. Der beste ist schon, daß sich die Berufsmusiker zu einer revolutionären Klassenkampforganisation zusammenschließen. In dieser müssen sie gemeinsam mit der Arbeiterschaft den Kampf um die Besserstellung ihrer Lage kämpfen. Gewiß wird der Kampf härter und beschwerlicher sein, als die Abfassung eines Notzettels. Aber ebenso gewiß können sich die Berufsmusiker in diesem Kampf eine Kontrolle über die Ausübung der Militärtätigkeit erringen.

Breslau.

Totales.

Die „Arbeiterpolitik“ der „Volkswacht“. Acht Tage lang schwieg die „Volkswacht“ betreten. Es war ihr offenbar sehr unangenehm, daß wir auf ihre allgegenwärtigen Beziehungen mit der Breslauer Kriminalpolizei hingewiesen. Sie, die sich nicht scheut, der Klassenjustiz Überwachungsstellen zu leisten, die sich häßlich freut, wenn ein Revolutionär in die Klauen der Klassenjustiz geraten ist. Sie

Wegen Platzmangel

mußten wir die Fortsetzung

des Romans „Drei Menschen“ heute weglassen!

Nicht es doch nicht gern, wenn öffentlich die verräterisches Spiel gebrandmarkt wird. Und darum schweigt sie erst betreten, um hernach den Versuch zu machen, die Arbeiter abzulenken.

So auch jetzt. Wöglich findet sie ihre Sprache wieder. Aber nicht etwa, um ihre engen Beziehungen mit der politischen Polizei zu leugnen. Das wagt die „Volkswacht“ selbst nicht mehr! Sie will die Arbeiter ablenken, darum ergreift sie das Wort.

In ihrer Sonnabendnummer bringt sie eine Notiz „Kommunistische Arbeiterpolitik“. Sie ist dummi genug, darin an Dinge zu erinern, die für die BSWD Breslaus sehr peinlich sind. Die „Volkswacht“ beschäftigt sich erstens mit der Frage des Breslauer Judens, nach dem die Gemeindeführer befolgt werden. Wie unsere Leser wissen, erhoben die Gemeindeführer Breslaus Mitte Oktober die Forderung: „Los vom Wohnamt“. Sie erhoben sie deshalb, weil das städt. Wohnamt Sühne errechnete, die zum Leben einfach nicht ausreichten. So i. Demokrat Wierlich, der Vater des Wohnamtes, und mit ihm die ganze BSWD, samt der „Volkswacht“ nahmen damals gegen die städtischen Arbeiter Stellung. Sie wollten aber immerhin nicht die Gunst der Gemeindeführer verlieren. Darum schrieb die „Volkswacht“ am 19. Oktober:

„In der Wohnamt- und Sühnefrage kann man zweierlei Meinung sein. Wenn sie die Gemeindeführer (d. Red.) aber der Meinung sind, der Reichsminister sei für sie günstiger, so mögen sie darauf beharren.“

Die „Volkswacht“ hat damals also selbst verblümt die Bereitschaft der BSWD, erfüllt der Forderung der städtischen Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Wir haben damals lediglich den Kampf der Gemeindeführer unterstützt und darauf hingewiesen, wie sehr der Magistrat mit dem Wohnamt zufrieden ist. Nun ist jetzt der Fall eingetreten, daß die Sühne des Breslauer Juden höher stand als der Reichsminister. Nach dem Breslauer Juden bekommt ein städtischer Handwerker 142,50 Mk. während ein Handwerker in den Staatsbetrieben nur 126 Mk. pro Stunde erhält. Die „Volkswacht“ bricht in Siegesgeheul aus. Triumphierend fragt sie:

„Was ist das aber für eine Arbeiterpolitik“, die lediglich zu demagogischen Hezwecken gegen Partei, Stadtverordnete und Gemeindeführer den Gemeindeführern alle vier Wochen einmal zu etwas anderem rät?“

Nun, wir haben vor vier Wochen den Gemeindeführern nichts geraten. Wir haben sie lediglich im Kampfe unterstützt. Die „Volkswacht“ aber hat vier Wochen ihre Bereitschaft erklärt, einer Sache ihre Zustimmung zu geben, die ihrer Überzeugung nach — den Gemeindeführern zum Nachteil gelangen mußte. Was ist das für eine Arbeiterpolitik?

Nun zur Frage der Straßenbahn. Da faßt die „Volkswacht“ etwas daran, daß wir von den Straßenbahnern „abgelehnt“ seien. Wir nennen den Redakteur der „Volkswacht“ diesen Trost, wenn er ihnen die Nachtruhe wiedergibt. Zur Sache selbst aber können wir betonen, daß der Kampf der Straßenbahner nur aufgehoben, nicht aufgehoben ist. Die „Volkswacht“ selbst brachte vor wenigen Tagen das Gemüsel von einer „Verkehrsverbindung“ bei der Straßenbahn, das angeblich vom Straßenbahndirektor an die Presse verhandelt wurde. Wir haben dazu bereits Stellung genommen und können nur wiederholen, daß solche Manöver die BSWD-Stadtverordneten nicht um die klare Entscheidung bringen können: für oder gegen die Straßenbahner. Der „Volkswacht“ entfährt dabei ungewollt ein wertvolles Geständnis. Sie schreibt:

„Die Straßenbahn steht tief im Defizit, weil die Fahrpreise im Vergleich zur allgemeinen Geldentwertung viel zu niedrig (3) geblieben sind und nicht entsprechend erhöht werden können, da sonst die Bahn ganz leer fährt.“

Also, je höher der Fahrpreis, umso geringer die Benutzung! Damit gibt die „Volkswacht“ selbst zu, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit die volle Schuld an der Krise der Straßenbahn trägt, denn sie hat die fortwährenden Fahrpreiserhöhungen gestiftet. Die Straßenbahner, die schon einmal gebrochen haben, werden darauf noch zurückkommen.

„Sam Schuss wollen wir noch eine Lüge der „Volkswacht“ richtigstellen. Sie schreibt:

„...wenn die Arbeiterpolitik gegen die hohen Fahrpreise, aber wo das Geld zur Bezahlung der Straßenbahner bestimmt ist, liegt das Blatt natürlich nicht.“

Sie scheinen mirlich gut gelübt zu haben, die Sündenfänger in der „Volkswacht“. Das wie schon vor 4 Wochen sagen, wogern das Geld kommt, weil, hindern sie nicht daraufzuliegen.

Das alles ist die Arbeiterpolitik der „Volkswacht“! Von ernstlichen Sachen im Stadtrat zu reden und dabei die Arbeiter mit Lügen und hysterischem Geschimpfe über „kommunistische Ungehörigkeiten“, „Demagogie“ und ähnlichen Dingen von der Tages- und Nachtsprache zu den handlichen Schmeicheleien abzuhalten. Die bewußtlosen und hoffnungslos BSWD-Arbeiter werden in dem Spiel dieses Spiels jedoch verführt und ihre Konzeptionen gehen.

Kommunistischer Hilfsdienst

Für Samstag, den 21. November, folgende Gesellen zu Arbeit:

Schauspielhaus.
Freitag und Sonntag 7 Uhr.
Ein Kaisertriumph
Montag 8 Uhr.
Die drei Räder galten
Dienstag 7 Uhr.
Das Dreimäderlchen
Freitag 7 Uhr.
Prinzessin Olala
Samstag 7 Uhr.
Die Königin von Montmartre
Sonntag 7 Uhr.
Liebig-Theater.
Täglich 7 Uhr.
Das große November-Programm

Matthias-Kino
Matthiasstraße 36
Moltkestraße 9
Uran der Sturm
verbraucht
New-Yorker
Express-Kabel
Er und die Polizisten

Achtung!
Wo?
kauft man neue und gebrauchte Möbel
Sri H. Kinge
Kraussstr. 12, 1

Lang e., Fiedler, Wisse, Kioic, Langner, Claasen, Fritz Ormest, Barnat, Marfus und die Genossinnen Marie Neumann und Marg. Wartenberg.

Für Mittwoch, den 22. November zum Sußotnik die Genossen Edmund Anders, Robert Müller, Dehmelt, Martin und Gottfried Hoffmann, Richard Monden, Paul Meyer, Flinger, Werner Fischer, Richard Bernels, Hugo Medel, Erdmann Carl, Paul Wuttke, Daniel.

† Juckerarten. An die Haushaltungen werden vom 27. November bis 2. Dezember d. J. Juckerarten für die Monate Dezember-März an denselben Orten und Tagen wie bei der letzten Brotmarkenauflage auszugeben werden. Näheres wird durch die Zeitungen und Anschläge bekannt gemacht werden. Zum Bezüge von Juckerarten sind auch solche Personen berechtigt, die wegen ihrer Einkommenshöhe Brotmarken nicht beziehen dürfen.

Rezitations-Abend

zugunsten der verwaisten Kinder in Sowjet-Rußland
am Mittwoch, den 22. November, nachmittags 4 Uhr, in den Hubertussälen, Friedr.-Wilh.-Str.

Rezitator: **Schauspieler Arthur Wiesner**

Beuthen Oe.

Kommunisten bekämpfen die Not des Proletariats.

Stadtverordnetenversammlung vom 13. November 1922.
Die umfangreiche Tagesordnung, enthielt u. a. den Dringlichkeitsantrag des Stadtverordneten Brandt (Komm.), welcher in der letzten Sitzung am 6. November eingereicht wurde, aber damals nicht zur Beratung kam, weil die bürgerlichen Stadtverordneten den Antrag verfallen hatten.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

1. Gemeindliche Erhöhung der Armen-, Erwerbslosen-, Kriegssopfer und Sozialrentnerunterstützungen auf das vom zuständigen städtischen Amte errechnete Existenzminimum.
2. Stilllegung aller gemeindlichen Steuern, Abgaben, Gebühren, Mi ten, Preisen, Schulgelder, Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise nach Einkommen und Kinderzahl unter Härter Heranziehung der Bestehenden.
3. Umquartierung der kriegsreichen Proletarierfamilien in die Wohnhäuser der Bourgeoisie und der bürgerlichen Kleinrentner in die hiesigen Kleintwohnungen und Wohnhöhlen des Proletariats.
4. Sofortige Einrichtung von Volksküchen, Anzettelung Abgabe von Milch, Nahrungsmitteln und Wäsche für Schwangere, Waisenkinder und Säuglinge des Proletariats.

Übernahme aller Erziehungskosten für Proletarierkinder auf die Gemeinde. Anzettelung Ernährungs- und Kleider-, Schul-, Fern- und Lehrmittelfür alle Schüler des Proletariats. Abgabe befristeter Lebensmittel, Kriegssopfer, Sozialrentner und an die nötigen Opfer des Kapitalismus.

Genosse Brandt begründete den Antrag, indem er auf jeden Punkt einzutraf. Er wies besonders auf die Notlage der Armen, Erwerbslosen und Kriegssopfer hin und forderte, die Aufwendungen für diese auf das Reichs-Existenzminimum zu erhöhen. Den Antrag der Frau Kleinmächter, welcher auf eine 30prozente Erhöhung der Unterhaltungen lautet, wies Genosse Brandt zurück. Er erklärte, daß eine Erhöhung der Unterhaltungen von 30 auf 120 Mark nur eine Verlangsamung der Not bedeute. Nachdem Genosse Brandt den bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit gelehrt hatte, konnten die Herren nicht mehr zurückweichen, besonders die sozialdemokratische Partei, welche den Grundtag zur Unterstützung hat. Diese Herren haben wie sich selbst. Sie stimmten für den Antrag, der auch mit Mehrheit angenommen wurde. Es wurde beschlossen, den Antrag zur schnellen Entscheidung zu überweisen.

Briefkasten

Hilfsleiter, Balzenburg, Nieder-Sermisdorf, Langwaltersdorf, Reichert O.-G. und Langwielau (S. J.). Berichte sind zu verlesen.

Vom Tage.

Der Teufel — am 9. November geboren.
Ein deutschnationales Kreisblatt mit Adler und Königskrone am Kopf, die „Westbavendische Tageszeitung“, bringt in ihrer Nummer vom 9. November auf der ersten Seite u. a. folgendes Geplänkel: „Nicht wahr, liebe Mutter, sagte die kleine Else, das Christkind ist am 24. Dezember geboren, wann hat denn eigentlich der Teufel seinen Geburtstag?“ „Mein Kind, am 9. November“, antwortete ernst die Mutter.

Leider war es nur ein SPD-Teufelchen mit manikürten Krallen, das am 9. November das Licht der Welt erblickte. Sein großer russischer Bruder, der Lenin-Teufel mit dem Bolshewistenschädel und den Schafkrallen, hat zwei Tage früher Geburtstag.

K P D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung. Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8887.
Adresse: Alfred Delfner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto Breslau 68864, Alfred Delfner

Dienstag, den 21. November, Sitzung der Kommunalen Beratungsstelle im Parteilokal, abends 7 1/2 Uhr.

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Sylbester Koffenke
Breslau.

Eisenbahnerfraktion. Zusammenkunft Mittwoch früh 10 Uhr im Parteilokal.
Breslau. Sämtliche kommunistischen Metallarbeiter erscheinen zu einer äußerst wichtigen Sitzung im Parteilokal, Nikolaistr. 49/50, am Donnerstag, den 23. November, abends 7 Uhr, pünktlich und vollständig. Rein Genosse darf fehlen.

Districte 12, 13, 14, 15. Freitag, den 24. November 1922, Abteilungsversammlung im Districtlokal Postenstraße 26. Referent amesand. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Agitationskreis Landeshut. Kreisleiter: Wilhelm Bräcker
Landeshut.

Landeshut. Mittwoch (Bußtag), nachm. 3 Uhr, im Saale des Gasthofs zur Sonne, Öffentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vorträge über: Die politische Lage, Unternehmung und Mittel zur Abhilfe. Kommunales, Sonstiges. Alle Genossen mit ihren Frauen, Genossinnen, Jugendgenossen und -genossinnen, sowie Sympathisierende sind eingeladen. Lieberbücher sind mitzubringen.

Agitationskreis Waldenburg.

Oberes und unteres Revier.
In alle Ortsgruppen der Kreisleitungen Waldenburg, oberes und unteres Revier, sowie der Jugend und Frauen.
Am Mittwoch, den 22. November 1922 (Bußtag), findet eine außerordentliche komb. Kreisbesprechung im „Goldenen Becher“, Ober-Waldenburg, nachmittags 2 Uhr, statt. Kreisleitungen mit Beisitzer erscheinen schon um 1/2 1 Uhr zur Vorbereitungs-Außerordentl. wichtige Tagesordnung wird in der Konferenz bekanntgegeben. Sämtl. Partei- u. Gewerkschaftsfunktionäre müssen unbedingt erscheinen. Pünktlichkeit ist revolutionäre Pflicht.

Kommunistische Jugend. Bezirksleitung: Max
Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 675 05 Max Gläfer.

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Günther Hoffmann
Breslau, Dienstag 20

Dienstag, den 21. November, abends 6 1/2 Uhr, im Minipritenbau 3, 5, Fraktionsitzung aller Jugendgenossen, die in der Metallindustrie beschäftigt sind

Breslau Jugend. Sämtliche Gymnasien fallen am kommenden Mittwoch aus. Alles zum Rezitationsabend, nachmittags 4 Uhr in den Hubertussälen.

Agitationskreis Hirschberg. Kreisleiter: Erich Auber
Hirschberg.

Sieban. Mittwoch (Bußtag) Sitzung des Bildungsausschusses und der Funktionäre beim Genossen Springer. Jeder muß unbedingt: Bleistift und Papier mitbringen.

Agitationskreis Waldenburg.

Mittwoch, den 22. November, Vortrag über: Karl Marx Leben und Wirken. — Um 9 Uhr Ortsleitungsitzung.

Kommunistische Jugend von Langenbielau und Peterswaldau. Mittwoch, den 22. November, findet eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Peterswaldau statt, an der die Ortsgruppe Langenbielau teilnimmt. Anschließend darauf Unterhaltungsabend. Sympathisierende herzlich willkommen.

Die Ortsleitung der K. J. Peterswaldau.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartig; Inferate Max Fischer. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. sämtlich in Breslau.

Bezirksleitung der Arbeiterkassen für Sowjet-Rußland

Mittwoch, 22. November 1922 (sog. Bußtag)
nachmittags 4 Uhr

Rezitations-Abend

zugunsten der verwaisten Kinder in Sowjet-Rußland
in den Hubertussälen, Friedr.-Wilhelm-Str.

Rezitator: **Schauspieler Arthur Wiesner**

VORTRAGS-FOLGE

I. TEIL	
Die Not	Max Barthel
Hunger	Max Barthel
Die Fee der Freiheit	A. Neuf
II. TEIL	
Der kre	Georg Heyn
III. TEIL	
Vorwärts	E. Verlaeren
Der zerstörte Haisentum	Maxia Gorki
Die Tat	E. Verlaeren
Hymnen an den Wind	E. Verlaeren

Eintritt 20 Mk. u. 5 Mk. Steuer / Kassenöffnung 1/4 4 Uhr
Bestellbezugsungen sind zu unterlassen.
Rauschen unbedingt verboten.

Wir suchen sofort antiquarisch zu kaufen:
Brodhaus Klein. Conversations-Lexikon
2 Bände
Produktiv-Genossenschaft für Schlesien
Breslau, Nikolaistr. 49/50. O. Post. Buchhandlung.

Anzüge
fertig und nach Maß
am eigenen Apparat
Paul Winkler
Rene Grandperrain

Proletarier von Breslau!
Am Donnerstag, den 23. November 1922 abends 7 1/2 Uhr, findet in den „Zentralbalkalen“, Beethovenstraße 50/52, eine **Große öffentliche Volksversammlung** statt mit folgender Tagesordnung:
1. Warum Union der Hand- und Arbeiter?
2. Unser Kampf gegen Unternehmung und völlige Verelendung
3. Serie Ausprägung.
Die Führer der Gewerkschaften und hierzu besonders eingeladen.
Arbeiter, Angestellte, Beamte erscheinen in Massen. **Brüll & Co.**
Matthiasstr. 50.

Conoco! Werbe für dein Partei Organ!

Welche Vorteile und welche Nachteile haben wirtschaftliche Streiks für die Arbeiterklasse?

Prüfungsbearbeitung von Karl Langer, Freiburg.

Wir beginnen mit diesem Artikel mit der Veröffentlichung derjenigen Arbeiten, die bei uns von den Teilnehmern an der Bezirksparteiwoche vor Beginn des Unterrichts eingingen. Die den Genossen bereits zugesandten Arbeiten finden in der Freibüchlein keine Aufnahme.

Bezirks-Bildungs-Ausschuss.

Wenn die Frage heute so gestellt wird, so muß man sich, um ein halbwegs klares Bild zu gewinnen, zurückverlegen in die Zeit des Entstehens der Gewerkschaften, deren Hauptwaffe ja der Streik ist. Als diese heute zentralistisch aufgebauten Berufsverbände sich aus den Lokalvereinen entwickelten, stellten sie eine Macht dar, die der Kapitalismus nicht ignorieren konnte. Sie durften nun an ihre Aufgabe, den in ihnen organisierten Mitgliedern innerhalb des kapitalistischen Lohnsystems bessere, erträglichere Lebensbedingungen zu schaffen, herangehen. Dies wurde ihnen um so leichter, als es sich der Kapitalist bequem leisten konnte, die Forderungen der Gewerkschaften zu erfüllen. Befanden sich doch die Kapitalisten im Stadium ihres Aufstiegs. Außerdem war der Kapitalismus in Deutschland auf Grund seiner besseren Technik als in anderen Ländern, außer England, noch ganz besonders dazu in der Lage. So sehen wir, daß die Gewerkschaften imstande waren, das Los der Arbeiterklasse zu bessern.

Aber noch andere Vorteile erwuchsen den Arbeitern aus der Gewerkschaftsbewegung oder sie wurden befestigt. Auf Grund der Erfolge wurden die Arbeiter angehalten, sich intensiver als bisher mit den Verhältnissen auseinander zu setzen. Das Solidaritätsgefühl wurde gestärkt. Die Erkenntnis, daß das Proletariat eine Klasse ist, und zwar die aufsteigende, griff immer weiter um sich. Das Klassenbewußtsein der Proletarier, welches dadurch, daß das Proletariat als ein Teil des damaligen sogenannten dritten Standes die Revolution des Bürgertums mitgemacht hatte, verwischt und unbekannt war, machte sich geltend.

Für das Proletariat als Klasse aber gab es noch einen anderen Vorteil. Besonders der Streik war eins der Momente, welche den Kapitalismus auf seiner Entwicklungsbahn immer schneller voran trieben. Der Unternehmer mußte immer, zum Teil wenigstens, den Forderungen der Arbeiter gerecht werden. Er konnte dies nur, indem er mit Hilfe der Technik in kürzerer Zeit mehr und mit weniger Arbeitskräften produzierte. Der Kapitalismus entwickelte sich also sehr schnell und drängte damit das Proletariat rascher in die Bahn, die es durchlaufen muß, bevor es zum Sozialismus kommt und fürzte vor allen Dingen damit auch den Leidensweg der arbeitenden Klasse: die Not und das Elend. Dies waren Vorteile, welche wirtschaftliche Streiks für die arbeitende Klasse hatten. Als sich nun aber, hervorgerufen durch die planlose Profitwirtschaft, eine gewisse Warenüberfüllung bemerkbar machte, gingen die Unternehmer dazu über, den Lebensunterhalt der Arbeiter zu schmälern. Sie drückten die Löhne herab. Eraten die Arbeiter in den Kampf ein, so endete er meistens ungünstig für sie. Der Unternehmer hatte wenig Interesse an der Produktion. Der Arbeiter mußte aber leben. So konnte man beobachten, daß die Gewerkschaften eine ganze Reihe Streiks vor dem Weltkrieg ungünstig für die Arbeiter beenden mußten. Daraus entstanden natürlich den davon Betroffenen wirtschaftlich schwere Schäden. Noch größer aber sind die Schäden, welche heute bei wirtschaftlichen Streiks für die Arbeiterklasse entstehen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist überreife zur Ablösung durch eine andere Wirtschaftsform. Sie kann sich nur noch halten auf Kosten der Arbeiterschaft. Der Weltkrieg hatte für Deutschland eine starke Zerrüttung der Finanzen zur Folge. Der Wert des Geldes ist auf das Mindestmaß längst gesunken. Jetzt bekommt das Proletariat zahlenmäßig bedeutend mehr Geld, die Kaufkraft desselben ist aber bedeutend gesunken. Der Arbeiter ist deshalb gezwungen, immer neue Lohnforderungen zu stellen. Der Unternehmer bewilligt diese auch verhältnismäßig leicht, macht er doch auf Grund dieser ungeheuren Geldentwertung immer gute Geschäfte. Er kann den Auslandskapitalisten immer noch erfolgreich unterbieten. Aber auch bei den Lohnhöhungen selbst macht er ein gutes Geschäft. Besonders traffe Beispiele hierfür liefern unsere Kohlenbarone. Wenn z. B. die Kohle auf Grund von Erhöhungen des Lohnes der Arbeiter verteuert wird, dann geschieht das in dem Maße, daß der Grubenkapitalist dabei für sich das Doppelte in die Tasche steckt. Die Kohle wird uns unendlich verteuert. Dies wirkt sich natürlich auf die anderen Waren aus. Die Konsumgüter jedoch, darunter in der Hauptsache die Arbeiter, sind dabei die Leidtragenden. So sehen wir, wie heute ein Streik dem Kapitalisten immer neue Ge-

winne zuschanzt und ihm so die Möglichkeit bietet, sein völliges Zusammenbrechen auf kurze Zeit hinauszuschieben, damit aber auch die Not des Proletariats ins Unermessliche zu steigern. Nur ein Streik mit politischen Zielen, die auf die Beseitigung des heutigen Systems ablaufen, kann dem Arbeiter Erlösung bringen und von Nutzen sein. Damit werden dann aber auch die Gewerkschaften und mit ihnen ihre Waffe, der Streik, einer vergangenen Epoche angehören.

Schulden und sterben.

Im Jahre 1920 wurden durch Unfall in gewerblichen Betrieben

9338 Proletarier getötet und 591 922 verletzt.

Schulden. Nicht den Kopf umdrehen. Der Meister kommt. Man will etwas schaffen, denn der Lohn reicht nicht aus, um zu leben. Also herausgewirtschaftet, was nur irgend geht. Liegt die Bohle auch nicht richtig, man geht herüber. Sieht die Maschine nicht sicher, was tut's, man muß schaffen. Immer weiter treibt die Not die Arbeiter in das Elend und durch ein unerhörtes Akkordsystem werden sie zur Außerachtlassung der notwendigsten Sicherheitsmaßnahmen verleitet.

15 130 Hinterbliebene

das ist das Resultat eines „friedlichen“ Arbeitsjahres im kapitalistischen Ausbeuterprozeß.

Wann werden die Arbeiter ihre Fäuste recken und bereit sein, für ihre eigene Sache zu kämpfen?

Wilhelm Busch

Das Elend und der Aufruhr in Schlesien*.)

Die blutigen Anstöße in Peterswaldbau und Gagenbühlau zu Anfang des Monats Juni haben das Interesse nicht bloß Deutschlands, sondern auch anderer Länder erregt und die allgemeine Aufmerksamkeit nach Schlesien hingewandt. Unterdes brachen die Zeitungen, wozu auch nicht die hiesigen, so mannigfaltig von einander abweichende Berichte, wie deren sogar einige die Verunglimpferungen gegen unsere armen Weber so unerschämte und weh trieben, daß ich durch eine möglichst treue Schilderung der Ereignisse der Wahrheit einen Dienst zu erweisen glaubte. Doch zuvor müssen wir eine kurze Rückschau halten, um den Zustand, in welchem der schlesische Proletarier, der „arme Mann“, sein Leben verbringt — fast längt's wie Hohn, solch Dasein als „Leben“ zu bezeichnen — näher kennen zu lernen, damit klar werde, auf welchem Grunde die jetzigen Früchte gemachsen und gereift sind. Ganz besonders aber wird sich unser Blick auf die Zustände der Weber im Gebirge zu richten haben, da hier die unaußerselblichen Folgen eines der Gerechtigkeit, der Gleichheit und Brüderlichkeit feindlichen Prinzipals, in welchem unsere jetzigen Verhältnisse sämtlich wurzeln, am ersten greifbar sind und in der betriebssten Weise ans Tageslicht getreten sind und nun selbst dem blindesten Auge nicht mehr verborgen bleiben können. Zwar ist das Elend des schlesischen gemeinen Mannes, die Not und Entbehrung der Beschäftigten in unserer Provinz gewiß nicht größer als in manchen anderen Teilen Deutschlands, nicht bitterer als das Los der arbeitenden Klassen anderswo. Wir dürfen nur an Frankreich, England und das grüne, aber hungernde Irland denken! Wir haben aber so oft von dummen oder feilen Seelen den glücklichen Zustand Deutschlands, Preußens, Schlesiens, das Nicht-Existenzsein des Proletariats auf deutschem und also auch auf schlesischem Gebiete preisen hören, daß es gut ist, auch hier einmal den Schleier weggerissen und das dunkel stehende „große Glück“ den Augen des Publikums bloßgelegt zu sehen.

Schlesien, unter zwei Elementen: das deutsche und das slavische geteilt, von zwei Religionen, seit kurzem immer heftiger gegen einander gestiegenen Religionsparteien bewohnt, früh schon wegen seiner vielen Herzogtümer ein Miniaturbild Deutschlands, äußerlich vereinigt unter Friedrich II. sich fortziehend im überall aufgeschauerten mittelalterlichen Parat, so gut es eben wollte, trat endlich infolge der Jener Schlacht mit den übrigen Provinzen des preussischen Staates aus der eigentlichen Feudal- in die moderne Entwicklungsperiode über. Das Zwanzigste sah eine Masse „Gerechtigkeiten“ verschwinden, das bürgerliche Verdienst sollte von nun an dem adeligen gleich gelten, die Städte, nicht mehr nach Korporationen und feindlichen Interessen gegliedert, ihre Angelegenheiten selbstständig besorgen. Die Koster wurden aufgehoben; ihre Güter eingezogen und zum Teil für einen ungläubigen Spottpreis verkauft, teilweise auch an Adlige veräußert. Endlich hörte die Erbuntertänigkeit auf; die Kinder des Landmannes durften dem gnädigen Herrn nicht mehr um etwaige schlechte Zaler jährlichen Lohnes, halb ungemachtes, teilte nicht vom Vieh beneidetes Essen und reichliche Prügel denken, wenn sie nicht wollten. Sie brauchten, falls sie ein Handwerk zu erlernen wünschten, sich nicht mehr loszukaufen; keine Abgabe zu zahlen bei der Berechtigung. Der Bauer konnte in ein anderes Dorf sich begeben, ohne Abzugsgeld zu zahlen, und hatte nicht weiter nötig, den dritten Teil seiner Felder für die herrschaftlichen Schafe zum Weide liegen zu lassen. Das Landvolk aber verstand die „Freiheit“ zuerst sehr falsch. Es glaubte von Maria 1810 an ganz frei zu sein. Die Aufhebung vieler Orte ward streng unterdrückt und dem Landvolk durch förmliche Kabinetsordnen ausgetrieben, daß sie alles übrige nach wie vor zu erdulden hätten. Somit blieben alle Fronen und Soldienste, alle Geld- und Naturalleistungen, Silberzinsen, Grundgeld, Hundehalter, Garthinnen, Hühner, Gänse, Gese, Bienen und Wächterzins in voller Kraft. Immerhin war es eine bedeutende Erleichterung; der Bauer fing einigermassen an, sich als Mensch zu fühlen, und trug gern und willig zur Rettung des Staates nach Kräften, meist über seine Kräfte, bei. Seine Tätigkeit, den einzigen fruchtenden Fleiß der Zeit, wurde eben ganz anders, mit der Steigerung mehrten sich die Früchte. Zwar arbeitete er auch jetzt noch für den gnädigen Herrn; wenn die Bewässerung seines Acker, der Neubau seiner Häuser, der Wirtschaft einen Mehreinkommen von 2000 Zaler verlangte, so gewann der Gutsherr, ohne mit der Hand zu rühren, beim Verkauf 200 Zaler an Landbesitzer oder an Marktgeldbesitzer. Gleichwohl fuhr ersterer in seinem Fleiße fort. Nach den Dechen über die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse stand es ihm frei, sich abzuleben. Das geschah an vielen Orten. Eine Masse von Millionen Zalern floß in die gutsherrlichen Kassen, beträchtliche Summen an jährlichen Renten übernahm der Bauer und gab weder und diesen hin. So war er frei. Nur glaube man nicht, die Feudalzeit sei jetzt völlig aus unserer Provinz gewichen; in Nieder- wie noch mehr in Ober-Schlesien blüht und grünt an tausend Orten der Frondienst und was daran hängt, lustig fort. Das Dreihäufnerverhältnis wurde vielfach gelöst, meist zum Vorteil der Gutsherrschaften. Diese waren dann Lohnleute an, und da bei steter und rascher Zunahme der Bevölkerung und gerade in den untersten Klassen die Zahl der Arbeitsbewerber auch zunahm, so bekamen sie für geringen Lohn Menschen, so viel sie brauchten. (Fortf. folgt.)

geld zu zahlen, und hatte nicht weiter nötig, den dritten Teil seiner Felder für die herrschaftlichen Schafe zum Weide liegen zu lassen. Das Landvolk aber verstand die „Freiheit“ zuerst sehr falsch. Es glaubte von Maria 1810 an ganz frei zu sein. Die Aufhebung vieler Orte ward streng unterdrückt und dem Landvolk durch förmliche Kabinetsordnen ausgetrieben, daß sie alles übrige nach wie vor zu erdulden hätten. Somit blieben alle Fronen und Soldienste, alle Geld- und Naturalleistungen, Silberzinsen, Grundgeld, Hundehalter, Garthinnen, Hühner, Gänse, Gese, Bienen und Wächterzins in voller Kraft. Immerhin war es eine bedeutende Erleichterung; der Bauer fing einigermassen an, sich als Mensch zu fühlen, und trug gern und willig zur Rettung des Staates nach Kräften, meist über seine Kräfte, bei. Seine Tätigkeit, den einzigen fruchtenden Fleiß der Zeit, wurde eben ganz anders, mit der Steigerung mehrten sich die Früchte. Zwar arbeitete er auch jetzt noch für den gnädigen Herrn; wenn die Bewässerung seines Acker, der Neubau seiner Häuser, der Wirtschaft einen Mehreinkommen von 2000 Zaler verlangte, so gewann der Gutsherr, ohne mit der Hand zu rühren, beim Verkauf 200 Zaler an Landbesitzer oder an Marktgeldbesitzer. Gleichwohl fuhr ersterer in seinem Fleiße fort. Nach den Dechen über die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse stand es ihm frei, sich abzuleben. Das geschah an vielen Orten. Eine Masse von Millionen Zalern floß in die gutsherrlichen Kassen, beträchtliche Summen an jährlichen Renten übernahm der Bauer und gab weder und diesen hin. So war er frei. Nur glaube man nicht, die Feudalzeit sei jetzt völlig aus unserer Provinz gewichen; in Nieder- wie noch mehr in Ober-Schlesien blüht und grünt an tausend Orten der Frondienst und was daran hängt, lustig fort. Das Dreihäufnerverhältnis wurde vielfach gelöst, meist zum Vorteil der Gutsherrschaften. Diese waren dann Lohnleute an, und da bei steter und rascher Zunahme der Bevölkerung und gerade in den untersten Klassen die Zahl der Arbeitsbewerber auch zunahm, so bekamen sie für geringen Lohn Menschen, so viel sie brauchten. (Fortf. folgt.)

Die Parteschule am 28.—30. Oktober.

Die Partei rief. Ohne lange zu fragen, wer uns den ausfallenden Arbeitsdienst ersetzt, verließen wir einer die Kohlengrube, der andere den Webstuhl, der dritte die Drehbank und kamen nach Breslau.

Rühne, revolutionäre Gedanken über den Werdegang der Revolution ließen uns das kleinliche, alltägliche Grau unserer Lebens vergessen. Die gefundenen und noch zu findenden Geleise des kapitalistischen Wirtschaftssystems zeigten uns den drohenden nahe stehenden Untergang dieses „Systems“. Es wurde der Wunsch in uns geweckt, alles — Zeit, Geld, Gesundheit, ja sogar das Leben selbst daranzusetzen, um die Menschheit aus dem Chaos zu retten, sie hineinzuführen in die Plankwirtschaft der kommunistischen Gesellschaft.

Drei Tage lang haben wir gehungert und gefroren, aber der Wunsch, Rache zu nehmen, ist in uns stärker geworden. Wir sind zurückgetehrt zu unserer Berufsarbeit. Die alltägliche Umgehung, der Kohlenstaub, der geräuschvolle Gang der Maschinen, die gewohnten Gesichter unserer Arbeitskameraden sind die alten, geliebten. Auch an uns selbst hat sich äußerlich nichts geändert. Nur ein unbestimmtes Stimm in unserem Bewußtsein, sagt uns, daß wir jetzt eine Verpflichtung haben, das Gelernte durch Leben und Denken zu vertiefen, um es weiter zu tragen in die Massen unserer Brüder und Schwestern, auf das es dort lebt und wirkt und sich fortbewegt bis einst die Zukunft Gegenwart ist. Ursus.

Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Partie Nr. 15.

Schillerische Partie.

Gespielt im Meisterturnier zu Berlin im Dezember 1920.

Table with chess moves: Weiß: Reti, Schwarz: Dreyer. 1. e2-e4 c7-c5, 2. Sg1-f3 Sb5-c6, 3. d3-d4 c5-d4, 4. Sf3-d4 g7-g6, 5. Sb1-c3 L8-g7, 6. Lc1-e2 d7-d6, 7. Lf1-e3 Sg8-f6, 8. 0-0 h7-h5, 9. f2-f3 h5-h4, 10. Dd1-d2 Sd8-h5, 11. Sc3-d5 e7-e6, 12. Sd5-c3 Sb5-g3, 13. Tf1-d1 Sg3-e2, 14. Sc3-e2 h4-h3, 15. Sd4-c6 b7-c6, 16. Le3-d4 e6-e5, 17. Ld4-c5 Lc8-a6, 18. Lc5-e3 h3-g2, 19. Se2-g3 Dd8-h2

- 1) Ober 5. S x c6 b x c6, 6. Dd4.
2) Schwarz spielt riskiert und hat Erfolg. Der schwache Damenbauer muß uns nicht gefallen.
3) Der Springer darf natürlich nicht geschlagen werden. Auf 13. h x g3 droht Th1 x nebst Dh4+.
4) Das ist nicht sehr meisterhaft gespielt. Es ist nicht ersichtlich, warum Weiß nicht einfach D x d5 spielt, worauf Schwarz wohl genötigt wäre, die Damen zu tauschen. Weiß hat dann bei guter Stellung einen Bauern mehr.
5) Weiß konnte ruhig schlagen, denn auf 21. e x d5 c x d5, 22. T x d5 Lb7, 23. Td2 ist der Angriff nicht mit f7-f5 fortzuführen, wegen 24. S x f5 und geminnt.
6) Schwarz braucht sich über Unglück nicht beklagen.

Schachnachrichten.

Im Gewerkschaftshaus (Restaurant) findet jeden Sonntag von 9 1/2 Uhr ein freier Schachverkehr statt. Gäste willkommen. Alle Anfragen sind zu richten an Ostar Lorenz, Albrechtstr. 13.

*) Die en Aufsat entnehmen wir den von unserem Vorbenannten Genossen Franz Mehring herausgegebenen „Gesammelten Schriften von Wilhelm Rößl“, Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin. — In diesem wird behandelt das unglückliche Elend der schlesischen Weber in den Jahren 1811 — das dem heutigen auf ein Haar gleich, und das schließlich zu dem gewaltigen Weberaufstande führte.

Die revolutionäre Frau und die Konsumgenossenschaften.

Von Gertrud Meyer-Hepner.

Auf dem Genossenschaftstage in Eisenach waren unter den nahezu 400 Delegierten nur 5 Frauen, von denen keine der kommunistischen Partei angehörte. Es macht den Eindruck, als wären die Kommunistinnen sich über den revolutionären Wert der Konsumgenossenschaft im unklaren, und als sei auch den Genossen nicht bewußt, welche mächtige Hebel zur Revolutionierung gerade des weiblichen Proletariats in dieser wirtschaftlichen Arbeiterorganisation steckt. Allerdings muß man schon etwas tiefer schürfen, um unter der bürokratischen Wust der heutigen Verwaltung in Konsumgenossenschaften den guten Kern zu entdecken, und es gehört ein Stück Arbeit dazu, ernste, zielbewusste, kommunistische Arbeit, um die den guten Kern vor dem gänzlichen Ersticken zu bewahren. Diese Arbeit zu leisten, muß meines Erachtens hauptsächlich Sache der Frauen sein.

Schon der sichtbarste Zweck der Konsumgenossenschaft: Beschaffung guter, preiswerter Waren, insbesondere Lebensmittel, unter Ausschaltung des Profits, berührt das eigenste Lebensgebiet der Frau. Denn bei der herrschenden Gesellschaftsordnung ist in den meisten Häusern die Frau Organisatorin des Konsums in ihrer üblichen Eigenschaft als „Hausfrau“. In ihrer Wahl steht es, beim Krämer oder in der Verkaufsstelle des Konsums einzuholen, was sie für den Haushalt braucht. Sie ist es, die im Verbrauch erprobt, ob die Ware gut oder schlecht ist, kurz, die nächste Aufgabe des Konsumvereins ist Zufriedenstellung der Hausfrau.

Sonderbarerweise aber ist in den meisten Familien nicht die Frau, sondern nur der Mann Mitglied der Konsumgenossenschaft. Ich habe es nie begreifen können, wie Frauen, die durchaus nicht auf den Mund gefallen sind, ihre Wünsche in bezug auf die Verkaufsstellen nur durch die Vermittlung des Mannes zu Gehör bringen, und wie die Männer sich zum Sprachrohr ihrer Frauen machen, indem sie z. B. über Zustände Klage führen, unter denen nur die Frau leidet. Dieser im innersten ungesunde Zustand hat, da keiner seine ureigensten Interessen vertritt, sicher viel Schuld an dem Stillstand der Konsumgenossenschaftsbewegung. Stillstand nicht in bezug auf den Umsatz oder die Mitgliederzahl, sondern in bezug auf die Ziele. Der Wald- und Wien-Konsumgenossenschaftler schäft auf seinen Lorbeeren nicht anders wie ein Krämer ein, wenn seine Kundenschaft „zufrieden“ ist. Die Konsumgenossenschaft aber wollte und sollte kein reformierter Krämerladen, sondern Kampforganisation sein. Vor einem halben Jahrhundert, als die Konsumgenossenschaften gegründet wurden, waren die Frauen noch nicht wie heute in den Kampf hineingerissen. Die Alleinmitgliedschaft des Mannes ist ein Ueberbleibsel, ein nicht mehr lebensfähiger Ueberrest aus jener Zeit. Wir Kommunisten als Vorhut des Proletariats sollen es uns zur Pflicht

machen, die Konsumgenossenschaften zu Kampforganisationen auszubauen. Dazu gehört zunächst die Erwerbung der Mitgliedschaft in Konsumgenossenschaften von jedem Parteimitglied. In Familien, wo es aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich erscheint, daß Mann und Frau Mitglied werden, sollte nicht der Mann, sondern die Frau als Mitglied eintreten. Ich halte aber den Einwand der wirtschaftlichen Unmöglichkeit für nicht

nicht vorhandenen Gegner, er ist für die Aktion der Arbeiterklasse im höchsten Grade schädlich.

Die überlastete Proletarierin, die Arbeiterin, Hausfrau und Mutter zugleich sein muß, könnte in der ungeheuer großen Wirtschaftsorganisation der Konsumgenossenschaft einen unentbehrlichen Rückhalt finden durch Schaffung von Einrichtungen, die ihr die Bürde des Haushalts erleichtern.

Ebenso wie es heute als selbstverständlich gilt, daß Brot nicht mehr im Hause gebacken wird, daß Seife und Licht in der Fabrik hergestellt werden, so muß auch die Wäsche fabrikmäßig gewaschen und ausgebessert werden. Hier gilt es, unter Kontrolle der Hausfrauen den Konsumgenossenschaften Waschanstalten und Gläubstuben anzugliedern. Alle die Errungenschaften der Technik auf dem Gebiete des Haushalts kommen nicht der Proletarierin zu gute, denn jede Neuerung wird kapitalistisch ausgebeutet und entschwebt damit den pekuniären Möglichkeiten der Arbeiterfrau. Staubsauger, Zentralheizung, Müllschlucker — in den teuren Wohnungen sind sie zu finden. Die Konsumgenossenschaften haben Städte Anleihen gegeben, sie haben — man schämt sich es zu sagen — reichlich Kriegausleihe gezeichnet. Alle diese Gelder helfen den kapitalistischen Ofen, werden zum Kampf gegen die Arbeiterschaft verwendet und waren doch gedacht als Unterstützung im Kampfe gegen das Kapital.

Genossinnen, wieviel Zeit, Mühe und Ärger wäre euch erspart, wie wäret ihr im Kampfe unterstützt, wenn die Konsumgenossenschaften die Gelder zur Errichtung von Waschanstalten, zum Erbauen gesunder, komfortabler Wohnungen verwendet hätten! Noch ist es nicht zu spät. Seht den Verwaltungen in der Genossenschaft auf die Finger, damit die Arbeitergelder für Arbeiterinteressen verwendet werden. Begnügt euch nicht damit, eure Einkäufe in der nächsten Verkaufsstelle zu machen. Dringt in den Genossenschaftsrat, den Aufsichtsrat, in den Vorstand als Mitglieder ein und wirkt für die Interessen eurer Arbeitsschwester!

Welche Rolle den Konsumgenossenschaften im Falle der proletarischen Revolution zufällt, wird jedem klar sein, der die Entwicklung in Rußland verfolgt hat. Es soll unser Ziel sein, aus unseren großen Konsumgenossenschaften, die eine unvergleichlich größere Zahl von Mitgliedern haben als die russischen, wahrhaft brauchbare Kampforganisationen zu machen. Ausbau der Eigenproduktion, Kampferben, Errichtung von Erleichterungen des proletarischen Haushalts — das sind die nächsten Forderungen.

Jeder Kommunistin müßte zur Pflicht gemacht werden, unter den Genossenschaftlerinnen aufklärend zu wirken in bezug auf die politisch wirtschaftlichen Forderungen der kommunistischen Genossenschaften im Gegensatz zu denen der Genossenschaftler anderer Richtung, die z. B. Freigabe des Zuckers u. a. m. vertreten haben. Gerade auf indifferente Frauen wirkt solch ein kennzeichnendes Beispiel oft Wunder. Frauen an die Front in der Genossenschaftsarbeit.

Jetzt wie früher.

Ja früher, da ging es den Frauen noch schlecht, Sie hatten in Staat und Gemeinde kein Recht. Sie schulteten tagsüber an der Maschine Und beugten sich seufzend dem Rufe: Verdien! Sie hasteten abends nach Hause geschwind Und lüchelten des Nachts noch für Mann und für Kind, Doch heut ist das besser, wie man uns erzählt, Wir sind jetzt im Reichs- und im Landtag gewählt.

Ja früher, da haben die Frauen gewacht, Bei Heimarbeit früh bis zur sinkenden Nacht. Und kriegten sie endlich das blutwenige Geld, Sie wurden durch Steuern und Zölle geprellt. Ach, alles war teuer, nur nicht ihre Kraft, Die wurde spottwohlfeil von dannen gerafft. Doch heut ist das anders, wie man uns erzählt, Wir sind jetzt im Reichs- und im Landtag gewählt.

Frei wurde die Frau durch die Republik? — Doch sagt, wo ist unser Recht, unser Glück? Wo ist's, wo die Not ihre Fäden nicht spinnt? Wo bleibt unsre Freude an Heim und an Kind? Umgibt uns nicht mehr die Sorge für heut? Die grössere Sorge für künftige Zeit? Wir sind zwar im Reichs- und im Landtag gewählt, Doch werden wir weiter vom Geldsack gequält.

Trotz all unserm Recht stirbt die Heimarbeit nicht, Sie schlägt den Achtstundentag frech ins Gesicht. Der Wucher blüht höher in jeglichem Jahr. Rechtlos blieb die Arbeit, wie früher sie war. Im Schlemmerlokal sitzt die Reaktion, Im Zuchtthaus die Kinder der Revolution, Papierene Rechte, sie helfen uns nicht, Solange der Geldsack das Machtwort noch spricht. Eine deutsche Arbeiterfrau.

sichhaltig, da der Anteil ja in Form von Rückvergütung (Prozente auf die gekauften Waren) eingezahlt werden kann, also nicht als Ausgabe spürbar ist. Im revolutionären Leben der Frau soll die Konsumgenossenschaft Helferin sein. Wenn ein Streik längere Zeit die Einnahme der Familie mindert, haben wir da nicht tausendmal erlebt, daß die Frauen zum Nachgeben zureden, wenn die Kinder hungern? Da sollten die Frauen dafür sorgen, daß die Konsumgenossenschaft aus einem besonders zu errichtenden Fonds in solchen Fällen ihnen mit Kredit zur Seite steht! Beim „Generalstreik“ aber sollte mit der Anstie des Mißreitens der Konsumangestellten aufgeräumt werden. Streik ist stets Ausdruck des Klassenkampfes. Der Streit der Konsumangestellten kann sich nur gegen die Arbeiterschaft richten. Er ist nicht nur sinnlos als Kampf gegen einen

Der Heimweg.

Ich gehe durch die Messergasse und über den Neumarkt, in der Stunde, bevor der Abend herandrückt. Schmerzhaft nehme ich das Leben hier in mich auf. Zwischen den schmuckigen, alten Häusern, unter grauem, nebligem Himmel, in den vom Regen schlaumigen Straßen. Gemüht von Straßenbahnen, Lastwagen, Autos, von stumpfen, hastigen, sich stoßenden Menschen, getrieben in der Mechanik des Alltags. Stroh, traurig, stumpf und schwarz ist hier alles. In den düstern Vorhöfen stehen die Männer und Frauen und handeln und feilschen mit Waren: die Kermiten der Armen mit dem Hemd, das sie gestern selbst noch trugen und heute um ein Abendessen verkaufen, und die, welche die schmutzige Geschäftstätigkeit der heutigen Zeit lernen mit den gestohlenen und verschobenen Stoffen, Anzügen und Kleidern.

Über über die Straße fährt die Proletariermutter, blickt müde, gequält, im ärmlichen Wagen ihr Kind, angelehnt, schlafend und ununterbrochen. Eigentlich ist's viel zu alt, um noch gefahren zu werden, müßte schon längst kaufen, es ist aber noch viel zu schwach dazu.

In der Bordwand steht die Dirne im ärmlichen, angepöbelten Sand, geschminkt, am Arme ihres Kavaliere. Sie winkt einem vorbeifahrenden Auto und fährt ab. Heute bezahlt ja der Kavaliere das Auto, morgen hat sie nicht Geld, zu essen. Aber sie verlernt längst diese oder Schönheit des Lebens, Geißiges oder Geistes zu sehen. Sie weiß nur von Schmutz, Kampf um Nahrung und häßliche Kleidung, weiß nur vom Getriebensein durch eine unerbittliche Maschine, wie alle Menschen hier.

Weiter geht's zum Ring. Links steht Baracke, in den Schaufenstern gestrichelte Jacken zu 12.000 Mark, wollige Mäntelchen, Konfervenbüchsen mit Weintrauben, Bedenke! Wer kann das hier kaufen? Und dann, ja

die „Kultur“, sie hat Bedarf für Korsetts, „Schnürleiber“ zu tausenden von Mark, für künstlich-fühliche „Bilder vom Mutterglück“ und widerliche erotische Szenen. Berge von unnützem Sand, produziert von armen Menschen, denen das Notwendigste fehlt, türmen sich in den Schaufenstern.

Ich gehe weiter die Schwednitzerstraße entlang, bis zum Stadtgraben. Dort steht drohend das rote Kieferngebäude mit seinen zahllosen Fenstern, die „Ordnung“. Da kommen die Armen hinein, die auch einmal die Hand ausstrecken nach den schönen Dingen, die ihnen nicht „gehört“, sie, die nicht darauf achteten, daß der Andere begehrt, was sie begehrien. Dort kommen auch sie hinein, die mit Einziehung ihrer Person für Befreiung und Recht kämpfen, die „Politischen“, und da sind die armen Frauen, die angegriffen werden, weil sie, um ihr Leben zu retten, ihren Leib verkaufen, ohne den gelben Schein zu haben, die „Herumtreiberinnen“. Und in diesem grauen, roten Steinbau sitzen sie drin, die vielen hundert Beamten, denen längst ihr Menschentum verloren ging, die nur noch wissen von Phantogrammen, Bergesen, „Personen“. Hunderte „regieren“ hier und führen ihr nanntes Leben von den Großden, die denen entzogen werden, die für die Allgemeinheit produktive Arbeit leisten.

Mit der Straßenbahn fahre ich nach Hause. Und da im Wagen steht eine Frau vor mir, hebt sich ab drüben von der dunklen Wand, die schwarz am Fenster vorbeizieht, redt sich auf aus dem Gelände hinterm Hauptbahnhof, der Versorgung der heutigen Arbeit mit ihren Schienenwegen, rollenden Wagen, Rauch und Aufschaffenden Menschen, die ständigen Wägen und Maschinen. Die könnte dies alles ganz anders sein. Die Nacht und rein, gesund und froh. Ein weites Stadt-Land konnte über der Erde liegen mit reinlichen, wohligen Häusern inmitten von blühenden Gärten. Ein jeder Mensch könnte gesund an Leib und Seele mit den Seinen in so einem friedlichen Hause wohnen. Und

Herr könnte der Mensch sein über die Maschine, anstatt sich als Sklave unter ihr Joch zu beugen. Nicht brauchte er zu schuften Sag aus Sag ein viele Stunden, sodas er verlernt, was Muße und Frieden ist. Wenige Stunden am Tage genühten, wenn es die Maschine bis zu ihren Möglichkeiten ausbaute, die Kraft der Elektrizität bis zum Äußersten benutzte, um durch Arbeit der Allgemeinheit für die Allgemeinheit alles, was ein jeder braucht an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Mittel für Geist und Luxus zu beschaffen. Auf kleinstem Raume würde der Mensch bei intensivstem Acker- und Gartenbau mit Hilfe aller technischen Mittel all seine Nahrung in verschwendeter Fülle bauen. In leichter, spielender Arbeit könnte er mit der Maschine alle Artikel des Gebrauchs herstellen. Die Frau braucht nicht mehr im kleinen Haushalt zu frönen, Sklave all dieser kleinlichen, mühevollen, schmutzigen Arbeit zu sein. Der Großhaushalt würde jedem das behagliche Heim mit allen nur erdenklichen Bequemlichkeiten geben. Gesunde frohe Kinder könnten sorglos aufwachen, ohne schon in Jugendjahren die Qual der Armut kennen zu lernen. Sie könnten die Möglichkeit haben, alle geistigen, seelischen und körperlichen Fähigkeiten, die in ihnen liegen, frei zu entfalten, ganze, ungehemmte Menschen zu werden.

Wenn! Ja, wenn sich all diese stumpfen, gequälten, „entmenschten“ Menschen aufrufen, sich befreien von den Benigen, von der kleinen Schicht, die sie zwingt zu diesem Da-ein im Schmutz, um allein die Schönheit und Reinheit zu genießen. Wenn sich die Unterdrückten der ganzen Erde endlich einmal zur Masse zusammenschließen, in starker, eindeutiger Revolution dem heutigen System ein Ende machen und durch die Arbeit der Allgemeinheit die Vision in die Wirklichkeit umsetzen würden.

Ja, wann endlich wird der arbeitende Mensch dem Kapitalismus die Gefolgschaft kündigen, den Nationalismus durch Internationalität ersetzen, den Individualismus durch den Kommunismus ablösen? Wann endlich wird der Mensch den „Heimweg“ finden? O. B. R.